

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1.10 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die schlaggepolierte Rollen...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Lage der Hütten- und Bergarbeiter.

I.

Die Jahresberichte der Gruben- und Bergbehörden sind in der Schilderung der Zustände in den Hüttenwerken äußerst zurückhaltend, soweit es sich um Mißstände handelt...

Nachstehend schildern wir die Lage der Hüttenarbeiter auf Grund der Berichte der sicherlich nicht schwarz sehenden Gewerberäte und Bergbehörden...

Schon im Jahresbericht für 1890 heißt es Seite 168 in einem Bericht aus dem Bezirk Hannover: Zahlreiche Verletzungen entstanden durch Umherstreifen von flüssigem Eisen...

Im Jahresbericht von 1893, Seite 189, berichtet der Aufsichtsbeamte aus dem Bezirk Magdeburg: Ein schwerer Unfall kam in einer Eisengießerei vor...

Aus Münster wird im Jahre 1898, Seite 268 berichtet: In einer dieser Gießereien erlitten beim Sieben sechs Arbeiter Brandwunden dadurch, daß an der gußeisernen Siebpfanne...

Ebenso unsicher wie die Schutzvorrichtungen beim Handtieren mit den Siebpfannen sind vielfach die Schutzvorrichtungen an den Walzenstrahlen...

Einen ähnlichen Unfall erwähnt der Bericht aus dem Bezirk Wiesbaden vom Jahre 1897, Seite 382: Ein furchtbarer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in einem Walzwerke...

auf die Unfälle gewärtig sein mußte, wie sie nun wirklich eintreten.

Häufige Ueberstundenarbeit trägt auch zur Vermehrung der Unfälle bei. Der Bericht aus demselben Jahre aus Aachen Seite 464 zeigt dies: In einer Walzendreherei waren zwei Arbeiter mit der Anbringung einer Bühne...

Durch den schlechten Zustand der Bühne wurde auch in unverantwortlicher Weise im Bezirke Düsseldorf ein Unfall herbeigeführt. Der Bericht für 1904 sagt Seite 437 darüber: Tödlichen Ausgang hatte der Sturz eines Arbeiters von der Jahrbühne...

Wir könnten noch auf eine Reihe anderer häufiger Unfälle und Verletzungen in diesen Betrieben und ihre Ursachen eingehen, z. B. auf die schweren Verbrennungen bei Schladenerplosionen...

Wohl sind inzwischen auf einigen Werken Einrichtungen getroffen worden, durch die der Gesundheitszustand der Arbeiter sichtlich gebessert wurde...

erkrankten die Arbeiter in dem Buddelwerk der Bismarckhütte im Bezirk Dypeln früher sehr infolge der Belästigung durch die starke Dfenhige...

Durch diese verschiedenen günstigen Resultate ist doch der Beweis gegeben, daß die schädliche Einwirkung der Ruffelgase, der starken Dfenhige usw. sich beseitigen lassen durch entsprechende Maßregeln...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Stempelsteuer- und Reichspostpolitik.

Infolge des plötzlichen Schusses der vorigen Reichstagsession fielen verschiedene Arbeiten der Kommissionen unter den Tisch, so auch die Beschlüsse zur Stempelsteuernovelle...

Dann setzte der Reichstag die Beratung des Postetats fort. Unter den manderlei Wünschen, die dem Staatssekretär des Reichspostamtes bisher vorgetragen wurden...

Zwischen diese allgemeinen Diskussionen hinein klingen die lokalen Begehlichkeiten nach umfassenderen, ausreißenden Postbauten...

wied sich die Beratung des Postetats noch mehrere Tage hinziehen.

Morgen jedoch ist Schwerkriegstag, an dem zwei national-liberale Initiativanträge zur Gewerbe-Ordnung zur Beratung liegen.

Der heutigen Sitzung wohnte in der Diplomatenloge der russische Landjägermeister Trepow bei, der als Präsident der künftigen Duma in Aussicht genommen ist. Er soll am Verhalten der Mehrheit des deutschen Reichstags studieren, wie man parlamentarische Komödie spielt.

Fürsorge der preussischen Regierung für die Universitäten.

Das Abgeordnetenhaus hat in seinen Sitzungen von Montag abend und Dienstag das Kapitel des Kultusetats „Universitäten“ beraten. Prinzipielle Fragen wurden dabei nicht erörtert; die einzelnen Redner beschränkten sich darauf, Spezialwünsche für die Universitäten der von ihnen vertretenen Landesteile vorzubringen. Bezeichnend für die Art, wie in Preußen die Kulturaufgaben vernachlässigt werden, ist unter anderem die Art und Weise, wie die Regierung sich um den Neubau des zahnärztlichen Instituts in Berlin herumzudrücken sucht. Das Gebäude in der Dorotheenstrasse spottet jeder Beschreibung. Trotzdem kann sich die Regierung nicht zu einem Neubau entschließen; sie will eine Abteilung des zahnärztlichen Instituts im neuen poliklinischen Institut für innere Medizin unterbringen, das Haus in der Dorotheenstrasse etwas ausfüllen und die darin verbleibenden Abteilungen etwas besser einrichten. Diese Gleichgültigkeit gegenüber einer so dringenden Forderung geht selbst dem Dreiklassenparlament zu weit, es beschloß auf Antrag Reitzling (fr. Sp.) die Einstellung der ersten Rate für den Neubau in den laufenden Etat. Ueberhaupt wird für die zahnärztliche Ausbildung an den preussischen Universitäten recht wenig getan. Das zahnärztliche Institut in Breslau z. B. ist in ganz unzulänglichen Räumlichkeiten untergebracht. Wie die von allen Seiten, einschließlich der Konservativen, vorgebrachten Beschwerden beweisen, liegt noch auf allen Gebieten vieles im Argen.

Von allgemeinem Interesse ist noch die Ablehnung eines Antrages Arendt (fl.) auf Einrichtung von ordentlichen Professuren für Kolonialrecht, zunächst in Berlin, und dann an den übrigen Universitäten. Es scheint, als ob Herr Arendt danach gelüftet, seine tiefen Kenntnisse, die er sich auf seinem Ausflug nach Afrika erworben hat, zu verwerten. Reisebeschreibungen für den „Tag“ allein lohnen nicht recht, obwohl die Unkosten des Herrn Arendt gerade nicht allzu hoch gewesen sind.

Am Mittwoch wird voraussichtlich der Kultusetat zu Ende beraten werden.

Ungezügelter Flottenbegeisterung.

Die diesjährige Flottenforderung, die die große Marinevorlage vom Jahre 1900 um sechs große Kreuzer vermehren will, wovon fünf als Auslandskreuzer dienen sollen, wurde gestern in der Budgetkommission des Reichstags mit Hipp, hurra! bewilligt. Die regierende Partei, das Zentrum, das aus spezifischen Zentruminteressen heraus in den letzten Wochen beim Kolonialetat um die kleinsten Summen hartnäckig feilschte, um so zu tun, als sei Sparsamkeit beim Zentrum Trumpf, bewilligte gestern anstandslos die 165 Millionen für die sechs neuen Kriegsschiffe; das macht pro Stück 27 1/2 Millionen, während bisher große Kreuzer „nur“ auf rund 18 Millionen Mark pro Stück zu stehen kamen. Die nunmehr bewilligte Kreuzervorlage ist vor sechs Jahren auch vom Zentrum abgelehnt worden. Seinen Anfall begründete es so: damals wurde die Vorlage mit dem Schutze des auswärtigen Handels begründet, heute werden die Kreuzer mit dem Hinweis auf die „Notwendigkeit“ eines Panzerkreuzer-Geschwaders für den Kriegsfall gefordert. Die Abgeordneten Spahn und Erzberger gaben sich redliche Mühe, für die Wähler im Lande draußen darzulegen, jetzt gelte die Förderung dem Schutze des Vaterlandes und da könne der patriotische Sinn der Ultramontanen nicht widersprechen. Herr Spahn ließ auch durchblicken, daß seine Verlesung nach Kiel nicht ohne Einfluß auf sein patriotisches und bewilligungslustiges Herz geblieben ist. Er hat dieser Tage die deutsche Schlachtflotte in der Kieler Förde besucht und war ganz ergriffen von dem Anblick, als er diese gewaltige kriegerische Macht so friedlich und imposant im Sonnenschein vor Anker liegen sah. Auch Herr Müller-Sagans Flotten-trophäe ist gezeichnet; er will bewilligen, denn die Argumente der Regierung sind jetzt auf einmal für ihn überzeugend. Nur ein Punkt bereitet Herrn Müller-Sagans Sorgen: die Bindung an die Vauraten. Dagegen häumt sich die Erinnerung an so etwas wie konstitutionelles Gewissen auf. Er hat flehentlich die Regierung, doch ihm und seinen Freunden den Anfall nicht durch die Bindung zu erschweren, die er, vermutlich nur vorläufig, nicht akzeptieren könne. Die Bindung enthalte auch ein unberechtigtes Mißtrauen gegen den Reichstag. Und das schmerzt natürlich Herrn Müller, der aus einem Marine-Saulus zu einem Flotten-Paulus sich durchgemauert hat. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, an der Bindung festhalten zu müssen, denn die Festlegung des Bauplans sei die Grundlage für die planmäßige Entwicklung der Flotte. Nun, Herr Müller wird sich auch noch davon überzeugen lassen, wie überhaupt die gestern in der Kommission zutage getretene Flottenbegeisterung der bürgerlichen Parteien die Marineverwaltung zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt. Abg. Genosse Ledebour erklärte kurz namens der sozialdemokratischen Mitglieder, daß sie die Vorlage ablehnen, gemäß ihrer grundsätzlichen Stellung zur Weltmachtpolitik und zum Militarismus. Die Sozialdemokraten werden sich daher in der Kommission nicht an der Debatte beteiligen, und im Plenum sagen, was über diese Forderung gesagt werden muß. Der größte Teil der weiteren Verhandlungen wurde als „vertraulich“ bezeichnet; sogar die phantastischen Darlegungen der Abgg. Dr. Semler und — Liebermann v. Sonnenberg. Das Zukunftsprogramm der Marineverwaltung entrollte Staatssekretär v. Tirpitz mit dem Sage: „Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß auch selbst der seemächtigste Gegner in einem Kampfe mit der deutschen Flotte seine eigene Macht aufs Spiel setzt.“ — Die Vorlage wurde gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen. Der Freisinnige Dr. Leonhardt erklärte, er behalte sich die endgültige Stellungnahme vor. Zugestimmt wurde auch der Displacementvergrößerung dreier Schiffe, die im außerordentlichen Marineetat auf Grund und in Erweiterung des Flottengesetzes vom Jahre 1900 gefordert werden. — Auf eine Anregung, die Budgetkommission solle eine Reise zur Besichtigung des Nordostsee-Kanals, der Flotte und Marineanlagen unternehmen, erklärte der Staatssekretär v. Tirpitz sich mit Freuden bereit, die Flottenbewilligungs-große Kommission in seinem Reichsbereich zu empfangen.

Die Isolierung Deutschlands.

Die völlige Isolierung der deutschen Diplomatie auf der Konferenz zu Algieras tritt heute noch klarer zutage. Unter den Mächten, die sich demonstrativ auf die Seite Frankreichs und Eng-

lands stellten, befindet sich auch Rußland, der Erbfreund der deutschen Regierung. Gerade von russischer Seite wurde am Montag ein Projekt entwickelt, das Uebertagung der Polizei an Frankreich und Spanien vorsieht. Der russische Vertreter brachte ein Schriftstück zur Verlesung, in dem auf den Zustand der Unsicherheit hingewiesen wurde, in dem sich Marokko zurzeit befindet und in dem betont wurde, daß alle Mächte das gemeinsame Interesse hätten, daß die Ordnung besonders in den Küstenstädten wieder hergestellt werde. Was nun die Schaffung einer internationalen Polizei betreffe, so sei Rußland der Meinung, daß eine gemeinsame Aktion der Mächte unwirksam sein werde, was ja durch die internationale Polizei in Tanger bewiesen worden wäre. Andererseits sei es nicht möglich, von marokkanischer Seite selbst eine genügende Organisation zu erwarten. Eine praktische Lösung der Frage müsse in einer dem Sultan von Frankreich und Spanien zu leistenden Unterstützung gesucht werden.

Der französische Vertreter Reboil schloß sich den Ausführungen des russischen Bevollmächtigten an. In den acht Hauptstädten Marokkos müsse eine Polizeitruppe von etwa 2000 marokkanischen Soldaten organisiert werden. Diese Polizeitruppe sei von einer Anzahl von Offizieren zu befehligen. Diese Offiziere müßten scharfsichtige Beamte sein und ihre Wahl sei vom Sultan, als dem Souverän, zu bestätigen. Sowohl der englische als auch der spanische Bevollmächtigte traten diesen Ausführungen Reboils durchaus bei. Das Zusammenwirken Frankreichs und Spaniens als der angrenzenden und daher an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung geordneter Zustände am meisten beteiligten Staaten stehe nicht im Widerspruch mit der Gleichberechtigung der Mächte und gefährde nicht den Grundfah der wirtschaftlichen Freiheit. Hierauf wurde die Sitzung vertagt. Am Mittwoch soll über die Panfrage, am Donnerstag über die Polizeifrage weiter beraten werden.

Nach der gestrigen Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung darf es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland nun doch in der Polizeifrage nachgeben und sich damit begnügen wird, das Prinzip der offenen Tür gesichert zu haben. Da Frankreich zu diesem Zugeständnis auch vor der Marokko-Konferenz schon bereit war, ist nicht einzusehen, welchen Vorteil Deutschland durch diese Konferenz erlangt hat; wohl aber hat es Deutschland erreicht, als der schließlich mühsam zur Raison gebrachte Ruhestörer betrachtet zu werden!

Deutsches Reich.

Schamlos!

Von dem Reinfall der Berliner politischen Polizei hat die Presse bis jetzt noch keine Notiz zu nehmen für nötig befunden. Daß sich Beamte der politischen Polizei herausnehmen, ehrenwerte Männer zu allerhand Schurkereien verleiten zu wollen, und zwar durch Summen, die dem allgemeinen Staatsfonds entnommen sind, daß es sich im vorliegenden Fall abendrein offenbar um den Versuch der Verleitung zur Aneignung fremder Gegenstände handelte, ist für die bürgerliche Presse etwas so Uninteressantes und Nebensächliches, daß sie es der Erwähnung nicht für wert hält. Insbesondere unsere freisinnige Presse ist ja durch die seitenslangen Berichte über die letzten höfischen Feiertlichkeiten so sehr in Anspruch genommen worden, daß sie sich jetzt erst einmal eine Weile von diesen Strapazen erholen muß!

Allein die „Post“ beschäftigt sich mit unserer Aufdeckung der neuesten Polizeisalamate. Dies Blatt hat sich ja auch so oft darüber entrüstet, daß es die sozialdemokratische Presse nicht verschmäht hat, Altentwürfe von politischer Bedeutung zu veröffentlichen, die ihr nur auf dem Wege des Vertrauensbruches zugegangen sein konnten, daß es begreiflich ist, wenn es auch jetzt mit seiner sittlichen Entrüstung nicht spart. Freilich würde man sich irren, wenn man annähme, daß diese Entrüstung der politischen Polizei gelte, die nicht etwa gleich der sozialdemokratischen Presse ihr freiwillig und ohne ihr Zutun zugegangene Mitteilungen verwertet, sondern die direkt ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei durch Bestechung zum schafelsten Vertrauensbruch, ja zur Aneignung ihr nicht gehöriger Gegenstände zu verleiten suchte. Die „Post“ ist vielmehr darüber moralisch entrüstet, daß der „Vorwärts“ den tolistischen Reinfall der politischen Polizei niedriger hängt. Nicht über den p. p. Neumann giebt sie die Schale ihres Hornes aus, vielmehr beifügt sie die Schamlosigkeit, den Genossen Fischer in der pöbelhaftesten Weise zu verächtigen. Daß dieser Genosse dem Kriminalbeamten Neumann die Behauptung in den Mund legt, die „Post“ habe ihre Mitteilungen über die angeblichen Absichten der Sozialdemokratie am 21. Januar nicht von der Polizei, sondern wahrscheinlich von den Redakteuren des „Vorwärts“ selbst erhalten, veranlaßt sie zu der Aeußerung, diesem „hart verarbeiteten Selben“ habe sich wohl ein Mißtraut im Kopfe herumgedreht, in seinem „fiebernden Hirn und im inneren Kampfe, ob er den Lockungen folgen soll“, habe er wohl nur mit halbem Ohre zugehört und so die Worte des Polizeibeamten mißverstanden. Im übrigen sei es ja auch beim „Vorwärts“ nichts Neues, daß ein Angestellter seine Feder in den Dienst des Gegners stelle, wie es sich ja „bei der großen Katastrophe“ im letzten Herbst deutlich genug herausgestellt habe. Auch „angesehene Genossen“ scheuten keine Nebenverdienste nicht, auch wenn sie mit den Parteigrundsätzen nicht vereinbar seien. Habe sich doch ein „Vorwärts“-Korrekter nicht geniert, seinen Dienst in die Feder eines Blattes zu stellen, mit dem der „Vorwärts“ im heftigsten Kampfe gelegen habe.

Die „Post“ weiß natürlich ganz genau, daß der erwähnte „Vorwärts“-Korrekter (der mit der Redaktion gar nichts zu tun hatte) damals nicht etwa für ein gegnerisches Blatt, sondern für ein Parteiblatt, nämlich die „Leipziger Volkszeitung“, geschrieben hatte, daß also diese seine Tätigkeit mit „Partei-grundsätzen“ ganz und gar nicht kollidierte. Das verschweigt aber die „Post“, um bei den weniger orientierten Lesern den Anschein zu erwecken, als ob es sich möglicherweise um ein bürgerliches Blatt gehandelt habe. Diese schurkische Niedertat wird aber noch über-gipfelt durch die infame Verdächtigung des Genossen Fischer, der — wider besseres Wissen — der Charakterlosigkeit bezichtigt wird, den Versuchen gegenüber geschwankt zu haben! Wider besseres Wissen, da ja der „Vorwärts“ des langen und breiten auseinandergesetzt hat, daß Genosse Fischer von dem Ansinnen der politischen Polizei sofort seinen Partei-genossen Mitteilung gemacht hatte und nur auf Anraten derselben zum Zwecke der Entlarvung der Versuche sich überhaupt auf weitere Verhandlungen eingelassen hat. Wir begnügen uns mit der Annäherung dieser Erbärmlichkeiten — zu einer Polemik sind solche Gegner zu schamhaft!

Wahrung und Anklage!

Die Sicherheit des Betriebes ist das leitende Prinzip der Eisenbahnverwaltung. So verbindet nach jedem Eisenbahnunglück umbeirrt die respektiven Ressortvertreter im Parlament. Es dürfte aber schwer fallen, nachzuweisen, daß die Regierung kein Wort triff, wenn eines Tages Landsberg a. B. der Schauplatz einer

verhängnisvollen Katastrophe geworden ist. Die Eisenbahnverhältnisse fordern hier ein Unheil geradezu heraus, trotzdem die Regierung auf die bedenklichen Zustände schon wiederholt aufmerksam gemacht worden ist. Die Stadtverwaltung und die Handelskammer bemühten sich ohne Erfolg schon wiederholt, der Regierung das Gewissen zu schärfen. Darauf wird man hinweisen, wenn eines Tages zerfetzte Menschenleiber und vernichtete Menschenleben der Sorglosigkeit und Nachlässigkeit als Anklager erstehen!

Daß Landsberg bisher noch nicht der Ausgangsort der Schreckens-tunde von einem großen Eisenbahnunglück war, muß bei den herrschenden Verhältnissen wirklich als Wunder bezeichnet werden. Wären die Einwohner auf die bestehenden Kalamitäten nicht eingedrückt wie der Mehl auf Honnenmachern, Einzelunglücksfälle würden zu den Tagesereignissen zählen.

Kahmal wird Landsberg im Strahenniveau von der Ostbahn durchschnitten. Parallel der Bahn schiebt, auf eine Entfernung von 100—200 Meter, die Barthe, sodas die Stadt durch Bahn und Fluß in drei Komplexe geteilt ist. Jeder Teil hat industrielle Betriebe; der Güterbahnhof liegt zwischen Barthe und Bahn. Die durch solche hervorgerufene Kalamität wird noch verschärft durch die Enge der Straßen und Ueberführungen, ferner durch den Umstand, daß die letzteren meist ein Arie bilden und die industriellen Betriebe — Sägewerke — ihr Rohmaterial durch die Stadt, über die Bahn, hereinholen müssen.

Die gegenseitige industrielle Abhängigkeit bedingt eine starke Frequenz. Die Stadtverwaltung hat wiederholt Zählungen veranstaltet; als Durchschnittsverkehr wurde pro Tag für die sechs hauptsächlich in Betracht kommenden Bahnübergänge ermittelt: 23 663 Personen, 1982 Fuhrwerke, 654 Handwagen, 192 Pferde und Reiter und 783 Fahrräder.

Nun passieren täglich 87 Züge die Strecke; 87 mal werden die Barrieren geschlossen, oft auf 15 bis 20 Minuten. (Zusammen durch die Schrankenschließung täglich der Verkehr während 3 bis 4 Stunden unterbrochen!) Das ist für die Bevölkerung, besonders für die Arbeiter, die in einem Stadteil wohnen, im anderen ihre Arbeitsstätte haben, eine arge Belästigung, und für die Industrie bedeutet der Aufenthalt der Lastfuhrwerke an den Bahnübergängen eine erhebliche finanzielle Belastung und große Betriebsstörung. Sodann wird infolge der Enge der Straßen — stellenweise treten die Häuser auf beiden Seiten bis unmittelbar an das Gleise heran — bei der geringsten Unachtsamkeit der Bahnwärter und bei Jugerverspätungen usw. die Gefahr von Unglücksfällen heraufbeschworen, deren ja auch eine ganze Anzahl zu verzeichnen sind. An zwei Uebergängen wird die Schranke sogar mechanisch von der nächsten Bahnwärterstation geschlossen. Da bei Jugerverspätungen und auch sonst diese Uebergänge oft unverhältnismäßig lange geperert bleiben, wird die Schranke von Passanten einfach geöffnet. Auch dadurch sind schon mehrfach Unglücksfälle passiert, sie werden begünstigt, weil das Herannahen eines Zuges auf weitere Entfernung nicht bemerkt werden kann.

Die bestehenden Verhältnisse bilden aber nicht nur ein außerordentliches Verkehrshindernis, sie sind nicht nur die Quelle ununterbrochener Unglücksgefahr für die Passanten, sie bergen auch die Gefahr großer Katastrophen. Der Hauptverkehr konzentriert sich auf die Brückenstraße. Diese hat zur Bahn ein sehr starkes Gefälle. Den Bahnübergang im Zuge dieser Straße passieren viele mit Langholz beladene Wagen, die den Sägewerken das Rohmaterial zuführen. Es ist nun schon passiert, daß infolge plötzlichen Schließens der Schranken ein Wagen nicht schnell genug zum Stillstand gebracht werden konnte, er fuhr bis unmittelbar an die Schranke heran, die schweren Holzrager ragten über diese hinaus auf das Bahndest. In diesem Augenblick brauste ein Zug heran! Nur dem schnellen kräftigen Eingreifen mehrerer Passanten, die den Wagen zurückschoben, ist die Verhinderung einer Eisenbahnkatastrophe, die vielen Reisenden das Leben kosten konnte, zu danken. Nun male man sich das Unglück aus, wenn in einem kritischen Moment einmal eine Wagenbremse versagt oder die Pferde scheuen! Nicht nur die vor den Schranken wartenden Passanten, welchen nach keiner Seite hin ausweichen können, sind in Lebensgefahr, auch der Eisenbahnzug ist gefährdet!

Was will die Regierung sagen, wenn ein Unglück passiert?

Daß auch sonst noch allgemeine Gefahren bestehen, beweist folgendes Vorkommnis: Die Feuerwehrt wurde eines Tages alarmiert. Die Bahn mußte passiert werden, aber die Schranke war geschlossen. Hochauf loderten die Flammen, die Feuerwehrt mußte eine Viertelstunde vor der Barriere warten! Wenn in diesem Falle auch keine Menschenleben in Gefahr waren, so kann das aber bei ähnlicher Gelegenheit, morgen, heute, der Fall sein.

Will die Regierung auch für solche Eventualitäten die Verantwortung übernehmen?

In einer besonders prekären Lage befindet sich die Stadt wegen eines Brückenbaues. Im vorigen Jahre wurde die Barthe-Brücke, welche die Brückenstraße mit der Altstadt verbindet, durch Brand zerstört. Eine provisorische Holzbrücke, die aber durch eine feste, feuersichere Brücke ersetzt werden muß, vermittelt nun den Verkehr. Ganz selbstverständlich wünscht die Stadt das neue Brückenprojekt der Lage anzupassen, die durch Kenderung der für die Dauer mißhaltbaren Eisenbahnverhältnisse geschaffen wird, um nicht eventuell miß-günstig große materielle Aufwendungen zu machen. Landsberg ist keine reiche Stadt, die sich den Luxus erlauben darf, hunderttausend Mark ins — Wasser zu werfen. Nun hat aber die Regierung in Frankfurt begutachtet, die Eisenbahnverhältnisse erheblich keine Kenderung und die Stadt erhält von derselben Behörde die Auf-forderung, den Plan für die neue Brücke einzureichen. So wird schließlich die Stadt gezwungen, große Aufwendungen zu machen für eine Brücke, die, wenn doch die Bahnverlegung vorgenommen wird, vielleicht wieder für ihren Zweck halb oder ganz unbrauchbar geworden ist.

Will die Regierung auch das dulden?

Greift man hier nicht tafkräftig ein, dann kann sich die Regierung nicht von dem Vorwurf reinigen, den Erfordernissen der Betriebssicherheit keine Rechnung getragen, städtische und industrielle Interessen in rücksichtsloser Weise mißachtet zu haben, und wenn sie eines Tages wegen einer Katastrophe auf der Anklagebank zu erscheinen hat, dann wird sie dem Verdikt schuldig nicht ent-rinnen! —

Die Disziplin in der deutschen Kriegsmarine.

Vom Landgericht in Kiel sind kürzlich zwei Redakteure infimes Kieler Parteiorgans, der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“, wegen Beleidigung von Marineoffizieren und Mannschaften zu schwerem Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie in Artikeln über die bekannten, seinerzeit auch im „Vorwärts“ geschilderten Vorgänge auf dem Kreuzer „Frankenlob“ die Disziplin in der deutschen Marine in Zweifel gezogen hatten. Besonders äbel war den Angeklagten vom Staatsanwalt und vom Gericht ein in den Artikeln enthaltener Hinweis auf die „Meuterei“ des „Potemkin“ genommen worden. Der Disziplin in der deutschen Kriegsmarine war von den uniformierten Zeugen der Anklage begeistertes Lob gesendet worden; sie sei über jeden Zweifel erhaben.

Daß die nachgewiesenen Vorkommnisse auf dem Kreuzer „Frankenlob“ nicht so vereinzelt dastehen, wie der zivile Gerichtshof annahm, beweisen die vielen Vergehen gegen die Disziplin, mit denen sich fort-gesetzt die Marinekriegsgerichte zu befassen haben, und Beweis auch

weder eine Verhandlung, die am Freitag vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Kiel stattfand. Angeklagt, einen Vorgesetzten durch Drohung zur Unterlassung einer Diensthandlung zu bestimmen versucht zu haben, war der Matrose Krügel vom Linienschiff „Karl der Große“. Der Anklage lagen folgende Vorgänge zugrunde. Am Abend des 11. Februar kam der Hund des Oberleutnants zur See W. in die Offizierskantine des Schiffes gelaufen und trug am Halsband befestigt einen Zettel, auf dem sein Herr, der Oberleutnant, schwer beschimpft war. Die Anrede lautete: „Du Lump!“, und es hieß dann, wenn er so fortfahre, werde er ein paar Zoll kaltes Eisen zu schmecken bekommen. Unterschieden war die Botschaft: „Deine Freunde“.

Mit Beidseitigkeit wurde als der Verfasser des Briefes der Angeklagte ermittelt, der auch in der Gerichtsverhandlung ohne weiteres zugab, den Zettel geschrieben zu haben. Er sei empört darüber gewesen, daß er in die 4. Korporalschaft der Division des Oberleutnants gesteckt worden sei, die allgemein als „Verbrecher-Korporalschaft“ bezeichnet werde und sich einer besonders strengen Behandlung zu erfreuen habe. Die Mannschaft sei sich darüber einig geworden, durch den Zettel die Aufmerksamkeit des Oberleutnants auf die Zustände in der Korporalschaft und auf die Ungleichheit der Mannschaften hinzuwirken. Den Zettel habe er zwar geschrieben, aber wer ihn weiterbefördert habe, wisse er nicht. Der Oberleutnant erklärte, daß er den Angeklagten erst seit 14 Tagen in seiner Division habe. Seine Führung sei gut, aber seine Leistungen seien ihm von dessen früherem Divisionsoffizier als weniger zufriedenstellend bezeichnet worden, und so habe er ihn der vierten Korporalschaft zugewiesen, die aus den Leuten mit den schlechtesten Leistungen zusammengesetzt sei. Durch den häufigen Wechsel der Divisionsoffiziere sei die Korporalschaft vernachlässigt gewesen, und er habe es sich angelegen sein lassen, etwas Zug hineinzubringen. Welcher Art dieser „Zug“ gewesen, erfuhre man leider in dieser Verhandlung nicht, denn das Gericht beschloß, da sich aus dem Geständnis des Angeklagten ergebe, daß Reuterei nach § 108 des Militärstrafgesetzbuches vorliege, die Verhandlung auszusetzen, um die Komplizen des Angeklagten zu ermitteln.

Jedenfalls steht soviel bereits fest, daß die Mannschaften der „Verbrecher-Korporalschaft“, die zwar schwache Leistungen, aber doch gute Führung aufzuweisen hatten, sich schwer haben beeinträchtigt fühlen müssen, ehe sie auf ihr eigenartiges Ausmaßsmittel, das in dem gewöhnlichen Leben höchstens als Dummerjungenstreich, beim Militär aber als schweres Verbrechen aufgefaßt wird, verfielen. —

Dr. Beumers „Beleidigungsmaterial“.

Als in vorletzter Woche Genosse Hue im Reichstage die geradezu skandalösen Mißstände in den Hüttenbetrieben des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets in so treffender Weise geißelte, glaubte der Vertreter für den Industriewahlkreis Duisburg-Mülheim-Oberhausen-Muhrort, der bekannte Herr Dr. Beumer, seine „Arbeitgeber“ aus der Patzsch helfen zu müssen. Er tat dies in der Weise, daß er dem Reichstage polemische Bilder vorführte, monach Löhne, Arbeitszeit und die hygienischen Einrichtungen eigentlich als Muster für das übrige industrielle Deutschland gelten müßten. Die Lehre, die ihm dann darauf jedoch wiederum Genosse Hue als ausgezeichneter Sachkenner zuteil werden ließ, scheint nun nicht so ganz ohne Wirkung geblieben zu sein, denn es ist bereits in einem der Kruppischen Hüttenbetriebe prompt eine — „freiwillige Lohnerhöhung“ erfolgt! Man denke bloß: Bei Krupp eine „freiwillige Lohnerhöhung“! — Schade nur, daß die Sache einen kleinen Haken hat, der aber gerade genügt, um das System und die polemischen Dörfer des Dr. Beumer so recht zu charakterisieren. In dem betreffenden Kruppischen Betriebe hat man nämlich die Arbeiter, die eine ununterbrochene zwölfstündige Arbeitszeit haben (das Mittagsbrot wird am Arbeitsplatz in einer ¼ bis ½ stündigen Pause so nebenbei gegessen), einzeln ins Kontor kommen lassen und dort ist ihnen dann eröffnet, daß sie von jetzt an nur noch 11 Stunden — bezahlt bekommen. Damit sie aber keinen Schaden erleiden sollten, werde der Stundenlohn um einige Pfennige erhöht werden! Also: die zwölfstündige Arbeitszeit bleibt nach wie vor dieselbe, aus „technischen“ Gründen, aber 11 Stunden werden nur als Arbeitszeit berechnet! Wozu das? — Nun, damit Herr Dr. Beumer, wenn er wieder einmal für seine Arbeitgeber eintreten muß, dann mit einer elfstündigen Arbeitszeit und einem „freiwillig erhöhten“ Stundenlohn aufwarten kann!

So wird's gemacht. In dem betreffenden Kruppischen Betriebe müssen die Arbeiter alle 14 Tage einmal 24 Stunden und abwechselnd sogar 36 Stunden in einer Tour durcharbeiten. (1) Zuweilen, wenn in der Zwischenzeit noch einige Leberstunden hinzukommen, haben die Arbeiter dann über 200 Arbeitsstunden in ihrer 14tägigen Lohnperiode. Nun haben Sie wieder das Wort, Herr Dr. Beumer!

Die man Rheumatismus kuriert.

Braunschweig, 4. März. Eine merkwürdige Heilmethode hat der Unteroffizier Schlicht vom 92. Infanterie-Regiment bei einem an Rheumatismus leidenden Rekruten zur Anwendung gebracht. Der Rekrut Hegewald, welcher zu der von Schlicht auszubildenden Korporalschaft gehörte, litt an Rheumatismus im rechten Bein. Obwohl er aber bei den Übungen oft heftige Schmerzen empfand und sogar sein Hauptmann und sein Leutnant ihm anrieten, sich krank zu melden, war der junge Mann so dienstfertig, daß er die Patzsch zusammenbiß und in der Hoffnung, es werde schon von selbst besser werden, sich weiter an den Übungen beteiligte. Bei einem anstrengenden Marsche merkten die Offiziere seiner Kompanie, daß Hegewald sich nur unter großen Qualen fortzuschleppen vermochte, und ermahnten ihn nochmals dringend, sich als krank anzumelden. Hegewald leistete diesmal dem Rate Folge und erkrankte am Abend dem Unteroffizier Schlicht Meldung. Da kam er aber schon an. „Was? Krank? Rheumatismus? Nun, mein Sohn, den werden wir Dir schon austreiben.“ Sprach's und gebot dem Kranken, wie ein Zirkuspferd im Kreise herumzulaufen; jedesmal wenn er an ihm vorbeikam, versetzte er ihm einen derben Hieb mit der Kloppspeitsche. „Nun, willst Du Dich jetzt noch krank melden?“ fragte er dann nach einiger Zeit. „Ja wohl.“ — „Na, denn lauf man noch mal.“ Wieder begann die Prozedur mit der Kloppspeitsche und das ging so lange fort, bis der Gequälte erklärte, er nehme von der Krankmeldung Abstand. Auch sonst nahm der gestrenge Unteroffizier auf das Leiden Hegewalds, der sich im Dienste tatsächlich die größte Mühe gab, nicht die geringste Rücksicht. Wenn Hegewald des Abends beim Ausleiden seines schmerzenden Beines wegen die Hosen nicht schnell genug ausziehen konnte, trat abermals die Kloppspeitsche in Tätigkeit. Ebenso maltratierte er ihn bei den Turnübungen in der grausamsten Weise. Auch den anderen Leuten gegenüber spielte sich Schlicht als Tyrann auf. So ließ er sie tagelang des Morgens mit nüchternem Magen in den Dienst gehen, sie durften den auf dem Tische bereitgestellten Kaffee nicht anrühren, und statt des Abendbrotes beschränkte er eines Tages den müde und hungrig vom Dienst kommenden Mannschaften eine Anzahl Klammzüge an den Zimmertürgelgelenken. Erst als Hegewald schließlich als dienstuntauglich entlassen worden war, wurde durch seinen Vater dem Kompaniechef Anzeige über das Verhalten des Unteroffiziers Schlicht erstattet. Schlicht hatte sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergeordneter in 120 Fällen zu verantworten. Dem ehemaligen Rekruten Hegewald wurde von den Offizieren das allergeringste Zeugnis ausgestellt. Auffälligerweise lauteten die Aussagen der übrigen Soldaten, die in der Voruntersuchung durch aus Hegewalds Darstellung des Sachverhalts bestätigt hatten, gähen plötzlich wesentlich günstiger für Schlicht, so daß der Verhandlungsführer sich veranlaßt sah, der Sache auf den Grund zu gehen. Durch Hin- und Herfragen brachte er die Leute zu dem Eingeständnis, daß der Unteroffizier Schlicht sie zu „bearbeiten“ versucht habe, damit sie zu seinen Gunsten ausfälen. Infolgedessen

wurde die Verhandlung vertagt, da gegen Schlicht nunmehr ein Verfahren wegen Verleitung zum Weisende eingeleitet werden soll, welches man gleichzeitig mit der vorliegenden Sache zu erledigen beabsichtigt. Unteroffizier Schlicht wurde sofort verhaftet. —

Wiß für die Regierung!

Großsprecherisch verkündeten kürzlich die Eisenindustriellen, sie könnten mit Ruhe einer Untersuchung der Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie entgegensehen, diese würde ergeben, daß Mißstände nicht vorhanden seien. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß die Untersuchungen nicht zu einer Farce werden, über welche sich die Unternehmerorgane selbst lustig machen. Welchen Wert die amtlichen Untersuchungen nach der bisherigen Schablone haben, wie diese Untersuchungen von den Unternehmern selbst als Schwindel charakterisiert werden, dafür liegt wieder ein sehr bezeichnender Fall vor. Der „Vorwärts“ hatte kürzlich über das Leber- und Reberschichten im Ruhrbergbau einige tatsächliche Angaben veröffentlicht. Die Unrichtigkeit unserer Mitteilung soll nun durch eine — amtliche Untersuchung festgestellt sein. Die „Köln. Ztg.“ berichtet darüber folgendes:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind diese Behauptungen zum Gegenstand amtlicher Untersuchung gemacht worden, wobei sich herausgestellt hat, daß sie teils ganz unzutreffend, teils übertrieben sind. Es ist allerdings richtig, daß die Zahl der Leber- und Reberschichten im Januar in den einzelnen Revieren gegenüber den Monaten November und Dezember 1903 etwas gestiegen ist. Die Steigerung, die auf den zurzeit sehr guten Kohlenabfuhr sowie auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Reberschichten infolge des Wagemangels am Ende des vergangenen Jahres zahlreiche Feuerschichten haben einlegen müssen, ist indes nur mäßig gewesen. Die Zahl der Leber- und Reberschichten hat im Monat Januar im Durchschnitt des ganzen Oberbergamtsbezirks ungefähr 2 auf den Kopf der Belegschaft betragen, wobei die Leber- und Reberschichten von weniger als acht Stunden auf achtstündige umgerechnet sind. Nur im Revier Oberhausen ist diese Zahl etwas größer gewesen, hat aber auch hier das Maß des Zulässigen nicht überschritten. Von einem „Florieren des Leber- und Reberschichtenwesens“, das etwa gegen den Wortlaut oder Sinn der gesetzlichen Bestimmungen verstoßen würde, kann also nicht die Rede sein.“

Es sind auch keine Fälle bekannt geworden, daß sich ganze Belegschaften geweigert hätten, Leberschichten zu verfahren, oder daß den Arbeitern im Falle der Weigerung mit Entlassung gedroht worden wäre. Aus fast allen Revieren wird vielmehr berichtet, daß die Arbeiter sich in der Regel zum Verfahren von Leberschichten drängen und daß vielfach die Anträge der Leute abgelehnt werden müssen. Nur vereinzelt sind Weigerungen solcher Arbeiter vorgekommen, die Mitglieder des alten Verbandes sind und die gegen das Verfahren von Leberschichten stark agitieren. Ein Nachteil ist aber auch diesen Arbeitern aus ihrer Weigerung nicht erwachsen.“

„Teils ganz unzutreffend“, „teils übertrieben“, ist sehr schön — nichtsdagend stillfiziert. Wir können uns die eigene Polemik gegen die Auslassungen ersparen, wir begnügen uns damit, folgenden Marktbericht des amtlichen Organs des Bergbauischen Vereins und einer Reihe anderer Fachverbände hierher zu setzen. Das Blatt „Glückauf“ schreibt:

„Auf dem Ruhrkohlenmarkte hat die gute Lage, welche den Januar auszeichnete, im Februar unverändert angehalten, doch war der Begeh nicht mehr so dringend wie im Vormonat, wozu auch der mit der fortschreitenden Jahreszeit nachlassende Bedarf an Gas- und Hausbrandsorten beitrug. Bei voller Fördertätigkeit der Werke, welche fast durchgehends zahlreiche Leberschichten verfahren, und regelmäßiger Wagenstellung konnte die Nachfrage wieder in vollem Umfang befriedigt werden, nachdem sie in den beiden Vormonaten nicht unwesentlich die Lieferfähigkeit der Werke überschritten hatte.“

Also zahlreiche Leberschichten sind verfahren worden! Wir geben der Regierung auf, die Unstimmigkeit in den beiden — amtlichen Konstatierungen aufzuklären. —

Die Geertshau der Nationalliberalen Sachsen.

Leipzig, 5. März. (Fig. Ver.)

Gestern hielten die Nationalliberalen Sachsens ihre diesjährige Generalversammlung in Leipzig ab, die aufs neue bewiesen hat, daß es mit der nationalliberalen Partei als politischem Faktor endgültig vorbei ist. Wohl versuchen es einige der Jungliberalen denn und wann, dem müden Parteiführer einiges Leben einzuhauen, aber das zeigt dessen Hinfälligkeit nur um so deutlicher. In einer von der Wahlrechtsbewegung so aufgeregten Zeit war anzunehmen, daß die Nationalliberalen mindestens außerhalb des sächsischen Landes ihre Prinzipien vertreten würden, um wenigstens ihre reaktionären Pläne damit zu decken. Aber nichts von alledem! Nicht einmal die Landtagsabgeordneten waren in ihrer Mehrheit erschienen, sondern nur ganz drei Mann, womit schon ausgedrückt ist, daß die eigenen parlamentarischen Vertreter dieser Tagung keine Bedeutung beizumessen.

Dieser Nichtachtung der Tagung durch die Abgeordneten hat den Veranstalter denn auch nur Schmerzschreie entlockt, aber weiter ist man nicht gegangen. — Die Bedeutungslosigkeit der paar zusammengelassenen Männlein wird auch dadurch drastisch illustriert, daß man es nicht einmal zu irgend welchen Beschlüssen über sächsisch-politische Fragen brachte; es sei denn, man betrachte schon als „Beschlüsse“ etwa die Zustimmung zu Ausführungen wie: „daß es der Partei gelingen möge, durch ihre ernste Mitarbeit zur Gesundung unserer politischen Verhältnisse beizutragen. Voraussetzung sei ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer, das die Bevölkerung, insbesondere aber auch das liberal gesinnte Bürgertum, wieder für eine lebhafte politische Tätigkeit, in der das beste Mittel gegen die verheerende Politik der Sozialdemokratie zu suchen sei, gewinne.“

Hätten die Leute einen funken politischen Verstand, so müßten sie jetzt die Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie unterstützen, wodurch allein die konservative Herrschaft gebrochen werden könnte. So können sie aber noch auf weitere Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Ihre größte Sorge aber ist, wie sie fünf Vertreter von Handel und Industrie in die Erste Kammer bringen. In ihrer Beschränktheit sprechen sie im Zusammenhang damit auch noch von einer „Reform“ dieser merkwürdigen Gesetzgebungsform.

Nach diesen „politischen Forderungen“ wird man es nun begreifen, daß die Kandidaten bei der Kandidatenaufstellung in den Landtags- und Reichstagswahlkreisen auf ihre ehemaligen Kartellbrüder keine Rücksicht mehr nehmen und ihnen einfach einen Kandidaten aufstrotzen. Ein Schulbeispiel dafür ist die letzte Reichstagswahl in Chemnitz.

Wie es mit der Organisation dieser ehemals so großen und stolzen Partei aussieht, zeigt der Bericht. Wohl wird darin von 5000 Mitgliedern gesprochen, aber die Kampferhältnisse reden eine andere Sprache. In neun Monaten hat die reiche Partei 5281,90 M. eingenommen, so daß auf das Mitglied etwa 1,60 M. Beitrag kommt.

Wenn man schließlich beim Parlamentsbericht noch die Frage eines außerordentlichen Landtages behandelt hat, und meinte, daß es gut sei, wenn ein solcher einberufen würde, so zeigt dies wohl am besten den Ernst, der die Verhandlungen beherrscht.

Es wäre freilich auch ein Wunder, wenn aus den Nationalliberalen, nachdem sie 20 Jahre konservative Erziehung genossen haben, etwas anderes als insofernlose treue Feindlose der sächsischen Reaktionäre hervorgegangen wären. Daß sie dies sind, hat diese Generalversammlung evident bewiesen. —

Ausland.

Frankreich.

Der Zustand der Kerikalen Bayern.

Paris, 4. März. (Fig. Bericht.)

Die von den Feudalen angezettelte Revolte greift im Departement Haute-Loire immer mehr um sich. In vielen Dörfern predigen die Pfarrer den „heiligen Krieg“. Die Landstrafen sind durch gefällte Bäume gesperrt. Mit Heugabeln und Flinten bewaffnete Bauern halten Wache und lassen keine Fremden passieren. Auch die Pariser Journalisten, die auf den „Kriegsschauplay“ geschickt worden sind, werden nur durchgelassen, wenn sie Empfehlungsbriefe an die Pfarrer bei sich haben! In vielen Orten legen die Bauern auf den Zufahrtstrecken und vor den Kirchentoren Pulverminen! Auch wird, was an Gewehren und sonstigen Waffen vorhanden ist, zusammengepackt! Scheunen werden in Zeughäuser verwandelt. Saint-Paul-de-Tartus z. B. wird nach allen Regeln mittelalterlicher Kriegskunst verteidigt. Der Kirchentempel ist vollständig verbarakadiert, der Boden durch Stahlgewebe unpassierbar gemacht. Ueber dem Hauptportal der Kirche, in der Höhe von 6 bis 7 Metern ist an einem um den Schlägel der großen Glocke geschlungenen Seil ein riesiger Steinblock aufgehängt, mit dem die Verteidiger die Organe des Staats zu zerschmettern beabsichtigen. Die Kirchenfenster sind ausgedreht, an Stelle der Scheiben Steine hinter dicken Brettern aufgeschichtet, die mittels geschmiedeter Ketten am Boden der Kirche befestigt sind. Ebenso sind alle Kirchentore verrammelt. Auf dem Glockenturm und auf dem Kirchturm sind alle Ziegel ausgehoben, so daß die Verteidiger oben die Munde machen können. Ein Graben von 2 1/2 Meter Tiefe schießt den Friedhof, der die Kirche umgibt, gänzlich ab. Im Innern des „Gotteshauses“ ist überdies eine Erdmiede errichtet, an deren Feuer in Kübeln bereitstehendes Wasser zum Sieden gebracht werden soll. — In Serrières wären die Beamten beinahe erschlagen worden. Die Bauern ließen ungeheure Steinblöcke von den Abhängen auf die Chaussee hinabrollen. Das Militär konnte die Beamten nicht schützen, und diese mußten die Flucht ergreifen! In anderen Orten wurden Geiselnene den Gewandern entziffen. In Saint-Marlin-de-Fugères erhielt der Inventurbeamte einen Schuß in die Schulter.

Die ausgehobenen Bauern haben natürlich keine Ahnung von der wahren Bedeutung der Inventur der Kirchen. Die Pfaffen liegen ihnen auf den Kängeln vor, die heidnische und jüdische Republik wolle die Kirchen überhaupt zu pulvern und den Gottesdienst verbieten. Auch erzählen sie, die Regierung habe den Sozialisten versprochen, den Bauern ihr Eigentum wegzunehmen und es zu verteilen! Es ist die Schuld der Bourgeoisrepublik selbst, die solange die Volksschule in den Händen der Kirche gelassen hat, daß jetzt die Monarchisten die Einsat der Landbevölkerung so mißbrauchen können. Im ganzen sind von den 69 000 Kirchen in Frankreich erst 25 000 inventarisiert und darunter jumeist die, bei denen die Operation am leichtesten war. Wenn nun auch schon in den nächsten Wochen — mit dem fortschreitenden Frühling — die vorbenannten Kommunitationsverhältnisse manche Erleichterung schaffen werden, so ist andererseits mit dem Fortdauern der Agitation — und für diese hängt schon die Nähe der Wahlen — noch ein Anwachsen des Widerstandes zu erwarten. In den letzten Wochen wurde etwa in 700 Kirchen pro Tag die Inventur bemerksichtigt. Bleibt es bei demselben Tempo, so werden sich die Operationen bis tief in den April hineinziehen, also bis zu den Wahlen, wie es die Reaktionäre wünschen.

Die Zuerst der Kerikalen wird natürlich durch die Freiheit der Regierung, die gegen die Kerikale Revolte im Offizierskorps nichts zu unternehmen weiß, noch gesteigert. Für die Offiziere ist die Märtyrerkrone billig zu haben. Sind sie doch sicher, bei Dienstverweigerung mit ein paar Wochen Arrest, ohne Abweisung, davonkommen. Bezeichnend für den Terrorismus der pfaffenlichen Clique in der Armee ist die Abbitte, zu der sich der alte Gallifet verstanden hat, der in seiner unerfährlichen Klammesucht sein politisches Ereignis vorübergehen läßt, ohne irgend eine Äußerung in die Presse zu bringen. Nach der jüngsten Dienstverweigerung der Offiziere schrieb er an den Kommandanten: „Dura lex, sed lex.“ (Das Gesetz ist hart, aber es ist eben das Gesetz.) Doch der wärdere Kommunitätsführer weiß sich unter Umständen sein „anzupassen“. Da sein Anspruchs in Kerikalen Kreisen Mißvergnügen hervorrief, veröffentlicht er schließlich einen Kommentar dazu, der aber tatsächlich ein Widerruf ist: Gesetz müsse Gesetz bleiben, aber wie könne man Männer verurteilen, die — wie die zur Verantwortung gezogene Offiziere — nach ihrem Gewissen gehandelt hätten! Also ein „hartes Gesetz“, das man strafflos übertreten darf! — Der giftige Kötter Gallifet war wirklich ästhetisch ansiehender zur Zeit, als er noch befehlen konnte. Jetzt kann er — um mit Heine zu reden — „nur befehlen und wässern“. —

England.

Der englische Liberalismus an der Arbeit.

London, 4. März. (Fig. Ver.)

In der vergangenen Woche hat der englische Liberalismus wieder seine fortschrittliche Kraft bewährt. Die Gewerkschaften der aus staatlichen Werken beschäftigten Arbeiter wurden vom Marineministerium anerkannt. Es sollen Gewerkschaftslöhne gezahlt werden; ebenso dürfen die Gewerkschaftsführer mit den Marinebehörden über die Wünsche der Arbeiter unterhandeln.

Die Gesetzvorlage betreffend die Speisung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln, die vom Arbeiterabgeordneten Wilson begründet wurde, fand in zweiter Lesung die Zustimmung des Unterhauses und wurde einer Kommission überwiesen. Nur ein Redner sprach gegen die Vorlage, nämlich der frühere Sekretär des Cobden-Klubs, Harold Cox. Der Unterrichtsminister A. Birrell unterstützte die Vorlage in einer trefflichen Rede, in der er u. a. folgendes sagte:

„Machen wir aus unseren Kindern vor allem gesunde Menschen; denn nur solche sind imstande, gegen schlechte Zustände zu reagieren und sich mit der göttlichen Ungleichheit zu erheben, die zum Fortschritt führt.“

Im Oberhause sprach der Lordkanzler, Lord Lorburn, bei der Debatte über Transvaal und die Drangsalen in wahrhaft liberalerem Sinne. Er bekämpfte mit ziemlich heftigen Worten Lord Milner, den früheren Profosul in Südafrika, der jetzt im Oberhause gegen die Einführung einer freigeistlichen Verfassung wirkt! Der Lordkanzler meinte, die einzigen Mittel, die in konstitutionellen Fragen zum Erfolg führen, seien Freiheit und Gerechtigkeit. — Es ist kein Zweifel, daß die liberale Partei entschlossen ist, die Arbeiterpartei durch Güte und Entgegenkommen „unschädlich“ zu machen, oder wie es in Englischen heißt: „Killing with Kindness.“ (Durch Wohlwollen töten.)

Ja, wenn Lord Milner englischer Premierminister wäre, dann hätten wir in einem Jahre eine starke sozialrevolutionäre Bewegung. — Milner, der soviel zum Ausbruch des Burenkrieges beigetragen hat, ist in Deutschland geboren und erzogen! Neuz ist seine Geburtsstadt, und in Bonn verbrachte er seine Schuljahre. Seine Mutter war eine Deutsche. Er hat den ganzen blinden Eifer und die ganze Engländerigkeit eines preussischen oder sächsischen Bureaufkrans. Seine Gegner sind — seiner Meinung nach — „Reichsfeinde“ und „Verwahrloste“, und sie müßten mit Gewalt niedergebunden werden. — In der Debatte im Oberhause mußte ihn der Lordkanzler erst belehren, daß nach englischen Ansichten ein politischer Gegner als aufrichtiger Patriot zu achten ist, der nur andere Meinungen über das Wohl des Gemeinwesens vertritt. Der Lordkanzler ist der frühere Sir Robert Reid, ein freigeistlich gesinnter Jurist, ein gerader, reiner Charakter, der das unbegrenzte Vertrauen der Arbeiter genießt. Er ist zugleich Vorsitzender der Lordrichter, also die höchste richterliche Instanz. —

Dänemark.

Kopenhagens Armenanweisung. — Für die neue Wahlkreisordnung des Føltestings.

Die Gemeindevertretung Kopenhagens hat dieser Tage, zur selben Zeit, als man in Hamburg den städtischen Wahlrechtsraub vollführte, zwei wichtige Beschlüsse zur Verbesserung und Erweiterung des Wahlrechts gefaßt. Die Armenliste, die beim Thronwechsel für eine große Anzahl Strafgefangener und Angeklagter erlassen wurde, gab Veranlassung zu dem Gedanken, man möge nun auch den Leuten, die wegen nicht zurückgezahlter Armenunterstützung ihr Wahlrecht eingebüßt haben, eine Armenliste gewähren, soweit es das Gesetz zuläßt. Diese Armenlisten müssen nach dem Gesetz von den Gemeinden bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nach Verlauf von fünf Jahren niedergezogen werden, sie können aber bereits nach Verlauf eines Jahres erlassen werden. Von diesem Recht haben jetzt bereits verschiedene dänische Gemeinden Gebrauch gemacht. In der Gemeindevertretung Kopenhagens führte unser Parteigenosse Hr. Christensen in seiner Begründung des Antrages für diese „Armenanweisung“ aus:

„Für uns Sozialdemokraten spielt die Veranlassung keine Rolle. Aber wir sind zu jeder Zeit bereit, zu Schäden gekommenen Mitbürgern zu helfen, damit sie wieder Bürger erster Klasse werden und an den Bestrebungen zur Förderung der Interessen unserer Stadt teilnehmen können.“

Uebrigens hatten sich die Vorsitzenden aller Parteien dem Antrage angeschlossen, und einige Bedenken, die der Armenbürgermeister Jakob gegen die Ausdehnung der Armenliste äußerte, waren bald überwunden. Hunderte von Personen, die wegen Armenunterstützung ihres Wahlrechts verlustig gegangen waren, können nun bereits im März an den Gemeindevahlen teilnehmen.

Außerdem hat die Gemeindevertretung Kopenhagens einstimmig beschlossen, die Regierung und den Reichstag zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Verfassungsänderung zur neuen Wahlkreisordnung noch in dieser Reichstagsession durchgeführt werde. Vom Føltesting ist diese Verfassungsänderung bekanntlich bereits beschlossen worden, und zwar einstimmig bei Stimmenthaltung der Konservativen; im Landsting erklärten sich die Konservativen für eine gerechte Wahlkreisordnung, jedoch gegen die von der Regierung vorgeschlagene Form einer Verfassungsänderung, und nun haben die konservativen Kopenhagener Gemeindevorsteher sich einmütig mit den Radikalen und Sozialdemokraten für die unmittelbare Durchführung des Regierungsvorschlages erklärt. Das zeigt deutlich, welche Verwirrung und Anstößigkeit innerhalb jener Partei herrscht. —

Amerika.

Wirtschaftliches. Die Vereinigten Staaten geben ungeheuer viel Geld für Militärzwecke und alles, was damit zusammenhängt, aus. Bei einem Aufwand von 800 Millionen Dollar pro Jahr macht sich nur eine schwache Opposition bemerkbar. Die Imperialisten begehren die Opposition mit einem stolzen: „Wir sind reich genug, wir haben das Geld dazu!“ — Da werden 100 Millionen Dollar für die Marine, 70 Millionen für die Armee, 140 Millionen für Pensionen, Riefensummen für Schiffbauten und Verbesserungen aller Art ausgegeben. Die Zölle, die Branntwein- und Tabaksteuer sind reiche Quellen, die die Anzapfung wohl oder übel aushalten müssen. Aber die Ansprüche steigen sich, und die Imperialisten kommen mit immer neuen Plänen. Für amerikanische Festungen an den Küsten des Landes sind seit dem Jahre 1888 allein 119 102 483 Dollar ausgegeben worden — gemäß dem letzten Bericht an das Repräsentantenhaus, in welchem die neuen Jahresbewilligungen für Festungszwecke verlangt werden. Die Jahresforderung ist nur klein, es werden kaum fünf Millionen Dollar verlangt; aber weit größere Summen werden in anderer Weise für denselben Zweck bewilligt. Nach dem Plane des Festungsrats im Kriegsministerium sollen noch weitere 100 Millionen Dollar zum Ausbau der Festungen nötig sein sowie 50 Millionen pro Jahr für die Besetzung mit Artillerie; denn hinter den Wällen und Mauern der meisten Festungen herrscht gegenwärtig große Einsamkeit; da liegt gewöhnlich nur eine kleine Wachtmannschaft. Von all' jenen geplanten Ausgaben spricht man vorläufig noch nicht gern, ebensowenig wie man sich darum eingehend bekümmert, daß der Bestand der Marine stark vergrößert werden soll, was wieder durch die vielen Neubauten an Schiffen notwendig wird.

Schon seit Jahren wird geflagt, daß es immer schwerer sei, für Meer und Marine, ganz besonders für die letztere, Leute anzuwerben. Kaum für die Hälfte der Kriegsschiffe hat man eine volle, gutgeschulte Besatzung. Natürlich weiß man, daß zu Kriegszwecken sich sofort freiwillige in Massen finden, denen aber die nötige Schulung fehlen würde. Neue Forts, neue Schiffe, das ist den Imperialisten gegenwärtig die Hauptache; dafür fordern sie immer mehr, und sie stoßen nur auf wenig Widerstand. —

Mit den Truppen, die jetzt nach Manila unterwegs sind, werden die Vereinigten Staaten 12 Regimenter Infanterie, 4 Regimenter Kavallerie, mehrere Batterien Feldartillerie, 2 Kompanien Pioniere und 2 Kompanien vom Signalkorps auf den Philippinen haben. Da man den Eingeborenen noch immer nicht recht traut, so müßte bei einem Streit mit China ein großer Teil der Besatzung auf den Philippinen zurückbleiben. In militärischen Kreisen Washington wird befürchtet, daß es nicht so leicht sein werde, die Ausländer in China zu schlagen, falls der Fremdenhaß zu großen neuen Aufständen führen sollte. Seit dem Jahre 1901 haben die Chinesen mit ihrem Militärwesen ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. China ist jetzt im Stande, eine gut disziplinierte Armee von 250 000 Mann ins Feld zu stellen. Und die Diplomaten Chinas stehen an Verliebtheit hinter den Diplomaten anderer Mächte nicht zurück. —

Australien.

Soziale Ungleichheiten.

Das gesamte Einkommen der Bevölkerung von Australien wird auf 34,2 Milliarden Mark geschätzt. Dieses verteilt sich in folgender Weise: 250 000 Personen, die mit ihren Familien rund 1 250 000 Köpfe zählen, haben ein jährliches Einkommen von 14 000 M. und mehr. Insgesamt fällt dieser Gruppe die Summe von 11,7 Milliarden Mark zu. Es folgen sodann 750 000 Personen mit einem Einkommen von 8200 bis 14 000 M. Diese Klasse umfaßt mit ihren Familien 3 750 000 Köpfe; ihr fallen von dem gesamten Nationaleinkommen 4,9 Milliarden Mark zu. Obwohl diese Gruppe also decimal so zahlreich ist als die der Reichen, entfällt auf sie weit weniger als die Hälfte derjenigen Summe, welche die reichste Klasse für sich vorweg nimmt. — Nun kommt aber die große Klasse der armen Bevölkerung, insgesamt 38 Millionen mit einem Einkommen von weniger als 8200 M. pro Familie. Das Gesamteinkommen dieser zahlreichsten Gruppe beträgt 17,6 Milliarden.*

Wir finden also in diesem jungfräulichen Lande, das wir in sozialer Beziehung vielfach als „Rusterland“ anzusehen gewohnt sind, genau dieselben Ungleichheiten wie in den alten Kulturstaaten. Und dieses Mißverhältnis zwischen den arbeitenden und den besitzenden Klassen wird sich je länger je mehr zumungunsten der dritten Klasse der Bevölkerung verschärfen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Brunnenbauer und Hülfsarbeiter versammelten sich am Montag im Lokale von Augustin, um über die Verbesserung ihrer Lage Beratungen zu pflegen. Heidemann, Bevollmächtigter von Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter, hielt einen Vortrag über den Wert der Organisation. Dann unterbreitete er Vorschläge für einen allgemeinen Lohnsatz, die eingehend diskutiert wurden. Es

*) Bei den Einkommenssummen muß in Betracht gezogen werden, daß das Geld in Australien weit weniger Kaufkraft besitzt, als bei uns.

werden Löhne in einer Stufenfolge von 40—60 Pf. pro Stunde bezahlt; die Arbeitszeit soll 9 Stunden täglich betragen; für Ueberstunden, Sonntag- und Nachtarbeit soll ein Aufschlag von 25—50 Proz. gewährt werden. Noch eine Reihe anderer Bestimmungen wurde festgesetzt und der Wunsch ausgesprochen, daß unbedingt mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten sei, damit der neue Tarif vom 1. April ab eingeführt werden könne. Im anderen Falle müßte man zu einem Kampf rufen, denn die gegenwärtigen Verhältnisse bedürfen dringend einer Umwandlung.

Die in der Schwarzblechindustrie beschäftigten Schloffer saßen in ihrer Branchenversammlung am Montag den Beschluß, sich der diesjährigen allgemeinen Lohnbewegung der Berliner Bau- und Blechschloffer anzuschließen und sich deren Forderung auf Festsetzung eines Mindeststundenlohnes zu eigen zu machen. Es kommen für diese Spezialgruppe etwa 300 Mann in Frage.

Studien für Arbeiterwohlthätigkeit. Man schreibt uns: Zurzeit weilt in Berlin eine vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus allen Teilen des Reiches zusammengeleitete Abordnung von Metallarbeitern, um in der Ausstellung für Arbeiterwohlthätigkeit in Charlottenburg sowie auch in anderen Instituten Studien zu machen. Die Dauer des Aufenthaltes ist auf zirka acht Tage berechnet. Das Resultat dieser Studien sollen die Teilnehmer in schriftlichem Vortrag und mündlichen Vorträgen niederlegen. Derartige Exkursionen sollen laufend arrangiert werden und zwar mehrere im Laufe eines Jahres.

Schuhmacher. Zum Abwehrstreik bei Körling, Kurfürstendamm 281, ist folgendes zu berichten: Wiederholte Verhandlungsversuche sind ausfruchtlos geblieben. Herr Körling erklärte, seinen Betrieb derartig einzuschränken, um überhaupt Arbeiter entbehren zu können. Zum Gaudium der Arbeiter liebt Herr Körling an die Tür ein Plakat folgenden Inhalts: „Arbeiter werden nicht angenommen.“ So ist der Streik am Montag beendet und die Sperre über die Werkstatt verhängt worden. Gleichzeitig sei nochmals auf die Sperre von Ratuszewski hingewiesen.

Zentralverband der Schuhmacher.

Der Streik bei der Firma P. Schüller u. Co., mechanische Flaschenverschlusfabrik, Pappelallee 2, dauert unverändert fort. Der Inhaber der Firma, Herr Heider, lehnt jede Aufbesserung der Löhne ab, indem er sagt, die Arbeiter hätten nichts zu fordern, sondern müßten sich mit dem Zufrieden geben, was sie bekommen. Regelung der Löhne sei Sache des Arbeitgebers und nicht der Arbeiter. Er finde den eingeschlagenen Weg der Arbeiter auf Lohnhöhung ganz unbegründet. Außer den 5 Aufsichtern, die sich der Bewegung nicht angeschlossen haben, sind 4 Arbeiterwillige im Betriebe, mit denen derselbe aber nicht aufrecht erhalten werden kann. Wir ersuchen die Arbeiter Berlins nochmals, auf die Firma zu achten, damit keiner dort in Arbeit tritt.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

Der Streik in den Brennabor-Fahrradwerken (Gebr. Reichstein in Brandenburg) ist beendet. Bei den letzten Verhandlungen mit dem Arbeiteraussschuß gaben Vertreter der Firma die ehrenwörtliche Erklärung, daß die Forderungen der Arbeiter nach Möglichkeit berücksichtigt und alle beschäftigten Arbeiter wieder eingestellt werden sollen. Die Streikenden erklärten die Zusicherungen der Firma für annehmbar, beschlossen die Beendigung des Streiks und nahmen die Arbeit am Montag wieder auf.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlegebiet.

Am Sonntag, hielten die Bergarbeiter eine neue Konferenz in Zeitz ab. Vertreten waren aus den Bezirken Zeitz-Weißenthal, Neuselb. und Halle 22 Gruben durch 17 Vertrauensleute und 54 Ausschußmitglieder. Nur zwei Gruben waren nicht vertreten. Bezirksführer Dölle berichtete über die Arbeiten der Kommission, die die Forderungen an die Verwaltungen aufgestellt hat. Man hat die Forderungen nur gering bemessen, damit die Grubenbesitzer nicht Ursache haben, dieselben als „maßlos“ zu bezeichnen. Das aber, was aufgestellt ist, muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Die Kommission hat festgelegt, daß viele Bergarbeiter elende Löhne haben. So hat ein Häuer in sechs Schichten 16,97 M., ein anderer in 6 1/10 Schichten nur 18,84 M. verdient. Weiter in 5 1/2 Schichten 14 M., in 6 Schichten 18,29 M., in 13 1/10 Schichten 39,14 M. Zwei Abtäufer, die erst neue Schächte schlagen müssen, haben in 10 1/10 Schichten 29,70 M. und in 11 1/10 Schichten 25,80 M. verdient. So sieht es in vielen Fällen aus. Man sagt zwar in den Berichten der Behörden, daß die Löhne der Bergarbeiter gestiegen seien, das trifft aber nicht zu, da auch die Menge der geförderten Kohle für jeden Arbeiter gestiegen ist. Während vor einigen Jahren im Durchschnitt auf jeden Arbeiter 985 Tonnen Kohlen kamen, sind es heute 1300. Der Lohn selbst ist aber nach amtlichen Angaben nur um 16 Pf., von 3,50 M. auf 3,66 M. gestiegen. Dabei kommen aber die Vergleute, die unter Tage arbeiten müssen, zu kurz, ihr Lohn ist trotz größerer Fördermengen seit Jahren nicht gestiegen. Der Redner ging dann die einzelnen Forderungen durch und beendete sie. Er schloß mit dem Wunsche, daß nun alle Bergarbeiter hinter diesen Forderungen stehen und sie, wenn es nicht anders geht, durch den Streik durchsetzen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion wurden die Ausführungen ergänzt und mehrfache Wünsche und Anträge zu den Forderungen eingebracht. Wolowik erklärte, daß auch der Vorstand hinter den Forderungen steht, daß der Verband demnach die Bergarbeiter mit allen Mitteln unterstützen wird.

Eine Redaktionskommission hat alle Anträge gesichtet und zusammengestellt. Danach sind die Forderungen:

1. Einführung der achtstündigen Schichtzeit für alle bei der Kohlengewinnung tätigen Arbeiter unter und über Tage. Zum Uebergang soll die Arbeitszeit vom 1. Juli 1906 ab neun Stunden, vom 1. Januar 1908 ab acht Stunden betragen. Die Ein- und Ausfahrt ist in die Arbeitszeit einzurechnen.
2. Abschaffung aller Frauenarbeit.
3. Ueberstunden und -Stunden, soweit nicht Gefahr für das Leben von Arbeitern oder die Sicherheit des Betriebes in Frage steht, sind nicht zulässig. Bei notwendigen Ueberstunden muß ein Aufschlag von 50 Proz. gezahlt werden. Abschaffung aller Prämien und der getrennten Gebänge.
4. Garantierung von Mindestlöhnen und zwar für Häuer 4 M. 50 Pf., für Schläpfer 4 M. 20 Pf. An alle übrigen Arbeiter sind zu zahlen unter 18 Jahren 3 M., über 18 Jahre 3 M. 50 Pf. und vom 21. Jahre ab 4 M.
5. Abänderung der neuen Arbeitsordnung.
6. Holz zu Stempeln und zum Verzimmern ist bis an alle Endstationen in genügender Menge und zugerichtet zu liefern.
7. Ausreichende Badeanstalten. Ausreichende Entwässerung und Sicherung der Gruben.
8. Frisches gutes Trinkwasser ist jederzeit auch unter Tage bereit zu halten.
9. Aufhebung aller Sperrten.
10. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten.
11. Anerkennung der Bergarbeiter-Organisation.
12. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht vorkommen.

Diese Forderungen sollen am 7. März dem bergbaulichen Verein eingereicht werden, die Antwort wird bis zum 20. März verlangt. Die Bergarbeiter erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und wählten eine Kommission, die allein alle Verhandlungen zu führen hat.

Vom Textilarbeiterstreik in Mülhausen (Elsas) wird uns durch eine Privatdepesche mitgeteilt, daß wegen Verweigerung von Streikarbeit für die bestreikte Firma Feh u. Co. gestern in drei anderen Baumwollspinnereien, darunter die des Herrn Theodor Schlumberger, ein teilweiser Streik ausgebrochen ist.

Metallarbeiter. Die Arbeiter der Maschinenfabrik und Eisenwerkerei D. Ewald, Prigwall, sind in eine Lohnbewegung ge-

treten. Die Forderungen sind: 10stündige Arbeitszeit, Beschäftigung usw. Bei den Verhandlungen erklärte Herr Ewald, indem er alle Forderungen brüsk zurückwies, daß, sollte es zur Arbeitsniederlegung kommen, dann schließe ich einfach die Tube und kaufe die Sachen fertig. Seit Sonnabend, den 3. März, ruht die Arbeit, da die gesamte Arbeiterschaft mit Ausnahme eines einzigen in den Streik getreten ist, und schon am Dienstag, den 6. März, suchte der Herr, anstatt die Tube zu schließen, durch Inerat 20 Schloffer, je 3 Schmiede, Tischler, Stellmacher, 5 Formner, 1 Kupferschmied. — Hieraus ersieht jeder Kollege, in welcher Verlegenheit der Unternehmer sich befindet, wenn die Arbeit ruht. Darum, Kollegen, haltet den Zugzug von Prigwall fern, dann ist der Sieg unser. Die Streikleitung.

Eine Metallarbeiterausperrung droht in Halle a. S. Nachdem die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohn- und Verbesserungen gefordert haben und die Leitung der gewerkschaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister. Vertreter der Arbeiter wurden, als sie Forderungszulagen verlangten, an die Abgeordneten Bebel und Kunert verwiesen, und ein Industrieller behauptete die Dreistigkeit zu sagen, wenn er zu Frühlings durch seinen Betrieb gehe, dann sehe er, daß die Metallarbeiter immer noch Fleisch und Wurst essen und Bier trinken. Mehrere Nichtverbandsmitglieder haben die bescheideneren Wünsche der Arbeiter erfüllt. Sobald eine Verbandsfirma mit Streik bedroht wird, soll die Aussperrung beginnen.

Auf dem Rastweg „Justus“ in Volpriehausen stehen 600 Arbeiter wegen Lohnminderungen im Streik. Zugzug ist fernzuhalten. Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

In der Goldleinstofffabrik von Wälsdorf in Köln a. Rh., Rotgerberbad 21, haben sämtliche Bergolder, Politurearbeiter und Grundriener wegen beabsichtigter Reduktion der Akkordpreise die Arbeit niedergelegt. Zugzug ist darum streng fernzuhalten. Der Vorstand des Verbandes der Bergolder.

Zentrumsblätter und Zentrum-Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften haben seit je über Vernachlässigung ihrer Sache durch die liberale Presse, und sie weisen demgegenüber auf die freien Gewerkschaften hin, denen die sozialdemokratischen Tagesblätter in ausgiebigem Maße zur Verfügung stehen. Es gibt aber auch Zentrumblätter, die den christlichen Gewerkschaften, den Schöpfungen ihrer eigenen Partei, sogar sein doppelte gegenüberstehen, bei denen also die Unternehmerrinstenke mächtiger sind, als der Sinn für den Vorbehalt der Partei. In diesen Blättern ist jetzt das Zentrumorgan in Mecklenburg (Meinl.) hinzugekommen. Dort haben sich die Arbeiter der Bleibergwerke dem christlichen Gewerksverein angeschlossen. Die Unternehmer versuchen nun, die Organisation wieder zu beseitigen, und das Mecklenburger Zentrumblatt „Glocke auf“ leistet ihnen dabei Hilfe. Der Inhaber des Blattes wies die Arbeiter ab, als sie Versammlungsanzeigen bei ihm aufgeben und Druckkosten bei ihm herbeiführen lassen wollten, mit Rücksicht auf die Vergewaltigung, die dem Gewerksverein feindlich gegenüberstehe. So meldet die Zentrumspresse, wobei sie aber über die Tatsache, daß es sich um ein Blatt der eigenen Partei handelt, den Mantel der christlichen Liebe deckt und diese Tatsache verschweigt.

Am Sonntag hat die christliche Organisation in einer Versammlung Stellung zu den Vorgängen genommen, und zwar in der den Liberalen Sonder- und Zweiterverbänden eigenen Weise. Als zweiten Gegenstand setzte man auf die Tagesordnung: „Was wollen die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften?“ Den vom Unternehmertum und der Presse der eigenen Partei erhaltenen Aufruf beantworteten die „christlichen“ Selben mit einem Vorstoß gegen eine andere Organisationsrichtung ihrer eigenen Klassenossen. Statt mutig und heldig zu streiten, spielen die Gewerkschaftskristen die „braven Arbeiter“.

Ausland.

Eisenbahnerstreik in Argentinien. Dem Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Federation ging von Buenos Aires die telegraphische Mitteilung zu, daß auf der Südbahn ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen ist. Die Gesellschaft der Südbahn versucht in Europa Streikbrecher zu werben. Man wisse die Verhandlungen der Argentinier entschieden zurück. — Alle Arbeiterblätter des In- und Auslandes werden um Nachdruck dieser Zeilen ersucht.

Die französischen Buchdrucker sind in eine Bewegung zur Erringung des Neunstundentages eingetreten. Die Unternehmerrorganisation hat die dahingehenden Anträge der Gehälften mit 232 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Eine große Anzahl von Unternehmern wird die neunstündige Arbeitszeit wohlwollend ohne Kampf bewilligen und in einer Anzahl Druckerien ist sie bereits eingeführt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Merloher Gewerbegerichtswahl.

Merlohn, 6. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Gewerbegerichtswahl siegten die freien Gewerkschaften mit 857 Stimmen, die Christlichen erhielten 337, die Unabhängigen 183.

Ein entmndigter Herzog.

Schwerin, 6. März. (B. Z.) Der Großherzog hat seinen Onkel, den Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg, durch sein Hausministerium unter Kuratel stellen lassen. Der Herzog, der im 64. Lebensjahre steht, hatte eine Fürstin Windisch-Grtz zur Frau. Er war im Jahre 1881 zum Katholizismus übergetreten.

Die Tat war dein, ertrag nun ihre Wehen!

Petersburg, 5. März. (Redung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Staatssekretär des deutschen Reichsamtes des Innern, Staatsminister Grafen Hofadamsky, wurden aus Anlaß des Abschlusses des Handelsvertrages mit Deutschland vom 28. Juli 1904 die Brillanten zum Alexander-Newsky-Orden verliehen.

Die „Ruhe ist hergestellt“.

Loß, 6. März. (B. Z.) (Von einem Privatkorrespondenten.) Der Polizeikommissar Bachmann und ein Oberschulmann wurden erschossen; die Täter sind entkommen.

Warschau, 6. März. (B. Z.) (Von einem Privatkorrespondenten.) Der Abteilungschef der Verwaltung der Reichsbahnen, Dufscheloi, wurde nach einer bei ihm vorgenommenen Haus-suchung verhaftet. — Der Schulinspektor Orlow ist durch Revolver-schüsse schwer verwundet worden; der Täter wurde festgenommen.

Amstich stilliert.

Tiflis, 6. März. (Redung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Mörder des Generals Griaznow ist zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Heute wurde hier in dem Palaste des Statthalters ein Kongreß von Vertretern der Armenier und Tataren unter dem Vorsitz des Statthalters eröffnet, der die Beilegung der bewaffneten Zusammenstösse zwischen Armeniern und Tataren erwägen soll. Der Kongreß besteht aus je 28 Mitgliedern der Armenier und Tataren. Der Statthalter hat über den Bezirk Worschalinsk den Kriegszustand verhängt und den Bezirk dem zeitweiligen Generalgouverneur von Tiflis unterstellt. In eine Frauerei drangen Räuber ein, nahmen 700 Rubel mit und verschwand. Ein Eisenbahnwchter wurde heute nacht in der Nähe des Bahnhofes getötet. Die Räuber entflohen unter Mitnahme der Waffen des Ermordeten. Bewaffnete Uebeltter plünderten ein Restaurant aus, während andere durch Flintenschsse eine nächtliche Panik hervorriefen.

Reichstag.

68. Sitzung vom Dienstag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Hr. v. Stengel, Hr. v. Rheinbaben, Kraetzle.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung einer Novelle zum Reichsstempelgesetz.

Reichsfinanzminister Hr. v. Stengel: Unter dem 24. März 1904 wurde dem Reichstage ein Gesetzentwurf wegen Aenderung des Reichsstempelabgaben-Gesetzes vorgelegt, welcher den Zweck hatte, einige Mängel des bestehenden Gesetzes zu beseitigen und gleichzeitig für den Umsatz in Reichs- und Staatsanleihen gewisse Erleichterungen zu schaffen. Die Vorlage wurde der Budgetkommission überwiesen und wurde hier im allgemeinen nicht unfreundlich aufgenommen. Den bei dieser Gelegenheit geäußerten Wünschen trägt die gegenwärtige Vorlage Rechnung. Es handelt sich dabei namentlich um den Punkt der Steuerbefreiung für den Umsatz in unverzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Einzelstaaten. Auf diesem Gebiete erscheint mir die Aenderung um so unausschließlicher, als wir ein dringendes Interesse daran haben, den Kurs der Reichs- und Staatspapiere zu heben. Wir mühten aber auch daran festhalten, daß wir der Arbitrage in Bezug auf den Umsatzstempel einige Zugeständnisse einräumen müßten. Der Arbeiterverlehr hat sich auch in den letzten Jahren nicht in dem Maße zu heben vermocht, wie es bei dem aus der Steigerung der Reichsstempelaufnahmen von Anschaffungsgegenständen zu schließenden Wiederaufschwung der Börsenaktivität an sich erwartet werden mußte. Leider hat die Novelle, bald nachdem ihr Erscheinen in der Öffentlichkeit bekannt wurde, in der Presse die lebhaftesten Angriffe erfahren und zwar sowohl von rechts als von links her. Von konservativer Seite wurde eingewandt, daß es nicht angängig wäre, bei der gegenwärtigen schlechten Finanzlage Erleichterungen im Umsatzstempel zu schaffen, die nach Ansicht des betreffenden Artikel-Schreibers zu einer Mindereinnahme des Reichs aus der Stempelsteuer führen müßte. Aber die Hebung des Kurses der Reichs- und Staatsanleihen ist ein so wichtiger Gesichtspunkt, daß demgegenüber der Steuerausfall auf dem Gebiete des Umsatzes der Reichs- und Staatspapiere gar nicht in Betracht kommen kann. Durch Erleichterung des Arbitrageverlehrs hoffen wir, daß der Umsatz zu gesteigert wird, daß der Einnahmeausfall dadurch gedeckt werde. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Vorlagen bei Ihnen eine günstige Aufnahme finden werden.

Hr. Dr. Wagem (Z.): Trotzdem das Gesetz schon einmal einer Kommissionsberatung unterlegen hat, glaube ich doch nicht, daß wir es ohne Kommissionsberatung diesmal erledigen könnten. Ich beantrage daher seine Ueberweisung an die Steuerkommission. (Bravo! im Zentrum.)

Hr. Gamp (Rp.): Ich hätte eigentlich gedacht, wie könnten mit dieser Vorlage im Plenum fertig werden. Aber ich habe natürlich auch gegen die Anregung des Kollegen Wagem kein Bedenken. Schon bei der Tabaksteuer hat sich ja die Kommission als Instrument zur Verminderung der Reichseinnahmen erwiesen; möge sie also hier im gleichen Sinne vorarbeiten; denn wir geben uns keineswegs der Hoffnung hin, daß die erhebliche Ermäßigung des Umsatzstempels für Reichsschuldenscheine und Reichsschatzansweisungen durch die Vermehrung des Verkehres ausgeglichen werden wird. Aber wir sind doch der Ansicht, daß ein großes finanzielles und allgemeines Interesse an der Verminderung des Umsatzstempels für Staatspapiere besteht. Dagegen werden meine politischen Freunde unter keinen Umständen an den prinzipiellen Grundlagen des Börsengesetzes rütteln lassen. Es hat sich durchaus betätigt und insbesondere den beabsichtigten Zweck einer Verminderung der Börsengeschäfte erreicht. (Bravo! rechts.)

Hr. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir sind natürlich auch immer gern bereit, dem Wunsche nach Kommissionsberatung Folge zu geben. Aber ich meine doch, daß gerade für diese Vorlage schon eine Kommissionsberatung vorliegt und daß die Regierung alle in der Kommission gegebenen Anregungen beachtet hat. (Sehr wahr! links.) Sollten gleichwohl etwa noch Aenderungen an der Vorlage wünschenswert sein, so könnten sie ja im Plenum vorgenommen werden. Im Interesse eines ordentlichen Geschäftsganges scheint es mir aber nicht empfehlenswert, den vielen Kommissionen, die wir haben, noch neue Arbeit aufzubehalten. Insbesondere die Steuerkommission hat sich nicht darauf beschränkt, die Regierungsvorlagen, die wir ihr zugewiesen hatten, durchzugehen, sondern hat sich aus eigener Initiative auf die Steuerfrage begeben und dabei sich so fruchtbar und furchtbar gezeigt, daß Sie es uns nicht verdenken können, wenn wir eine weitere Ausdehnung ihrer Tätigkeit nicht wünschen. (Seiterkeit und Sehr gut! links.) Wir haben schon viel größere Vorlagen im Plenum verabschiedet und möchten auch dieses Gesetz möglichst rasch erledigt sehen. Ich möchte daher Herrn Wagem bitten, seinen Antrag zurückzugeben. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Hr. Reitzig (L.): Meine Freunde sind im Gegenzug zum Herrn Vorredner für eine Kommissionsberatung und behalten auch unsere sachliche Stellungnahme für diese vor.

Hr. Rommelen (fr. Sp.): Als einziger Sachverständiger in diesem Hause, der sich mit dieser Materie seit Jahren befaßt hat, werden Sie mir auch einige Bemerkungen gestatten. Ich begrüße es, daß der Umsatzstempel der Reichs- und Staatsanleihen weiter ermäßigt wird, am richtigsten wäre es, ihn überhaupt nicht mehr zu erheben. Für die Finanzen des Reichs hat dieser Stempel von 1/200 per Tausend vom Umsatz so gut wie gar keine Bedeutung, bei einem Umsatz von selbst zwei Milliarden bringt er höchstens 200 000 M.

Das neue, was die Novelle bringt, entspricht einem früheren Beschlusse der Budgetkommission auf Besteuerung der Aktien, die noch nicht ausgefertigt sind, nicht der Interimssteuern, wie Herr Wagem wahrscheinlich irrtümlich meinte, dies sind heute schon stempelpflichtig. Die Fassung der Regierung ist zweifellos besser, als die des damaligen Beschlusses der Budgetkommission, aber mit dem ganzen Prinzip, daß der Effektenstempel ein Umlaufstempel ist, steht diese Bestimmung doch im Widerspruch. Doch ist auch sie von keiner irgendwie erheblichen Bedeutung für die Finanzen. Doch möchte ich mich gegen den Satz in der Begründung aussprechen, wonach hier eine Besteuerung der Anhäufung von Kapital erfolgt. Nicht diese Anhäufung soll besteuert werden, sondern die Mobilisierung eines bisher immobilisierten Kapitals.

Geht die Sache an die Kommission, so ist es selbstverständlich unsere Pflicht, daß was wir für eine wirkliche Reform halten, dort auch beantragen.

Wenn Herr Gamp gesagt hat, die Börsengesetzgebung habe ihren Zweck erfüllt, weil sie Börsengeschäfte, die nicht an die Börse gehörten, verhindert habe, so ist das ein großer Irrtum. Diese Geschäfte hat leider die Börsensteuergesetzgebung nicht verhindert, wohl aber zahlreiche für unser Wirtschaftsleben notwendige Geschäfte wie das Arbitragegeschäft, und das ist kein Verdienst, dessen sich die Herren rühmen sollten.

Wir sind gerne bereit, dahin mitzuwirken, daß die Einnahmen aus dem Börsengeschäfte nicht vermindert werden, wenn sie unsere Vorschläge annehmen. (Bravo! links.)

Hr. Baasche (natl.): Nachdem die Konservativen und das Zentrum Kommissionsberatung vorge schlagen haben, bleibt nichts übrig, als ihr zuzustimmen, wenn wir auch an sich für sofortige Erledigung im Plenum gewesen wären.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei der Steuerkommission überwiesen.

Darauf wird die Generaldebatte über den Postetat fortgesetzt. Die Kommission beantragt folgende Resolutionen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen

a) 1. Paketsendungen bis zu 5 Kilogramm an und von Personen des aktiven Soldatenstandes, soweit solche Sendungen dem eigenen Bedarf dieser Personen dienen, von der Postgebühren frei zu lassen.

2. in Interesse der ländlichen Bevölkerung eine weitgehende Erleichterung der Telephon-Einrichtung und Telegraphenbenutzung in den kleinen Ortschaften, eventuell unter gerechter Repartierung der Kosten zwischen Stadt und Land, herbeizuführen.

b) die Abschaffung des Vorkaufgeldes vorzubereiten und in der kommenden Session eine Uebersicht über die voraussichtlichen finanziellen Wirkungen dieser Maßregel zu unterbreiten;

c) eine Unterbrechung über eine eventuelle Beschränkung der Postfreiheit der fürstlichen Personen anzu stellen und dem Reichstage ebenfalls zu unterbreiten.

Staatssekretär Kraetzle:

Ich will auf die einzelnen von den zwei letzten Rednern gestern hervorgebrachten Wünsche und Beschwerden sofort antworten. Die Telephonistinnen sind allerdings von zweierlei Arten von elektrischen Strömen bedroht, von Kurbelströmen und von Blitzenströmen. Die Kurbelströme, die infolge zu starker Kurbelumdrehung seitens des Publikums entstehen, haben wir dadurch zu beseitigen, daß wir die Kurbelapparate durch solche Apparate ersetzen, bei denen das Signal nur durch Abhebung des Hörrohres gegeben wird. Die Doppelleitung beseitigt die Kurbelströme nicht. Sie besteht übrigens schon jetzt für alle Fernleitungen und wird auch im Stadtverkehr mehr und mehr eingeführt. Um die Blitzegefahr zu beseitigen, stellen wir Versuche mit Relais usw. an. Wir haben die Sonntagsruhe der Telephonistinnen allerdings beschränken müssen, weil wir ihnen aus Gesundheitsrücksichten in der Woche mehr freie Zeit geben mußten. — Die einseitige Anbahnungspflicht der Halbstelleninhaber geschieht im Interesse der Allgemeinheit. Das Landbriefträger bis zu 35 Kilometer täglich laufen müssen, ist nicht wahr, das Maximum beträgt 27 bis 28 Kilometer. Die Bahnpostkassierer sind nicht, wie behauptet worden, benachteiligt, sondern begünstigt, da sie meist in gehobener Stellung sich befinden. Die Beschwerden des Abg. Singer über einzelne Postämter werden geprüft werden. Doch kann ich in Bezug auf das Schöneberger Amt schon jetzt sagen, daß es weder zutreffend ist, daß in der Weihnachts- und Neujahrszeit keine Halbstellenkräfte eingestellt seien, noch, daß der Postdirektor seine Angehörigen im Dienst beschäftigt habe. Daß die Beamten bei der Paketbestellung in Schöneberg etwas lange beschäftigt waren, ist dem Abg. Singer zuzugeben. Aber jetzt ist diesem Uebelstande abgeholfen. Es sind ferner die Beschwerden des Abgeordneten Singer aus dem Vorjahre über schlechte Behandlung der Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten untersucht worden. Leider mußten Ausschreitungen von Amtsvorstehern festgestellt werden; ich habe hier Remede einzutreten lassen. Wenn ich gestern allgemein den Fortschritt in der Lage der Postbeamten gerühmt habe, so will ich damit keineswegs die Auffassung vertreten haben, als ob nicht noch vieles zu bessern wäre. Nur bei der gegenwärtigen Finanzsalomität des Reichs und nachdem wir eben erst 5 1/2 Millionen für Verbesserung des Wohnungsgeldes ausgegeben haben, müssen wir uns ein wenig zurückhalten. Immerhin haben wir z. B. am 1. April die Tagelöhner für die nicht angestellten Unterbeamten in Berlin wesentlich erhöht. Auch die Postämter brauchen in Berlin nicht 80—90 Stunden wöchentlich arbeiten, auch ihnen wird die Nacharbeit doppelt und die Zeit des Wartens auf den Bahnhöfen einfach angedreht. Weiter ist Beschwerde erhoben worden, daß wir gegen Beleidigungen der Beamten nicht energisch genug einschritten. Aber die Schuld für solche Zusammenstöße liegt meist auf beiden Seiten, an der Ungebild der einen und der starken Beschäftigung der anderen. Deshalb begnügen wir uns, wenn es sich nicht direkt um eine Schlagschneidung handelt, meist mit der Abbitte und einem kleinen Betrage für einen wohlthätigen Zweck und überlassen es dem Beamten, wenn er durchaus darauf bestehen will, selbst jede Kleinigkeit vor den Strafrichter zu bringen. — Bezüglich meiner Stellungnahme in der Steuerkommission will ich heute nur richtigstellen, daß ich keineswegs für eine Erhöhung des Preispostes eingetreten bin. Auch von einer Erhöhung der Zeitungsgelder ist nicht die Rede gewesen. Es handelt sich lediglich um Weilen, die nicht Preisereignisse von irgendwelchem Wert sind, die eigentlich als Geschäftsbeilagen durch Kreuzband berichtet werden müßten und nicht als Zeitungsteilungen sehr viel billiger verbreitet werden sollen. Bezüglich der Postarten im Ortsverkehr stehe ich auf dem Standpunkt, daß es immer unwirtschaftlich ist, ein gewisses Minimum zu unterbieten. Die Postarten, deren Herstellung 1/3 bis 1/2 Pf. kostet, können wir wohl bei 5 Pf. zugeben, aber nicht bei 2 Pf. — Die Darstellung über den Empfang der Vertreter des Assistentenverbandes durch meinen Kollegen Dr. Brand in der „Postzeitung“ ist im großen und ganzen richtig. Man hat aus dieser Darstellung den Schluß gezogen, daß die Verwaltung, daß ich nervös geworden sei. Davon ist nicht die Rede. Aber wir hielten uns für verpflichtet, beizeiten offen auszusprechen, daß wir die großen Leistungen der letzten Beamtenreform für die Assistenten nicht durch häßliche Bemerkungen herabsehen lassen wollen, daß wir es nicht dulden können, wenn der Verband Agitationstreifen veranstaltet, um Kräfte anzuwerben und dann durch die Masse einen Druck auf die Verwaltung auszuüben, und daß wir und den Ton, den die Zeitung des Verbandes seit einiger Zeit anschlägt, nicht gefallen lassen werden. Die deutsche Reichspostverwaltung ist für derartige Drudmitleid nicht zu haben und wäre pflichtvergeßen gewesen, hätte sie ihren Beamten nicht beizeiten eröffnet, daß sie eine solche Sprache gegenüber ihrer vorgesetzten Behörde nicht führen dürfen. (Bravo! rechts.)

Hr. Dr. Pöyig (natl.): Nach einem Bericht des evangelischen Bundes ist dem Postassistenten Köfler in Leipzig auf Verlangen der Zentrumspartei verboten worden, in einer Leipziger Versammlung des Bundes zu sprechen oder auch nur zu erscheinen. Ich nehme an, daß dieser Bericht ungenau ist. Ich traute zwar dem Zentrum zu, daß es sich für so einschüßlich hält (wachen im Zentrum), aber ich würde es für eine Beleidigung der Reichspostverwaltung ansehen, ihr ein derartiges Eingreifen zuzutrauen. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Wir verlangen überhaupt für die Beamten der unpolitischen Betriebsverwaltungen ein mindestens so großes Maß politischer Freiheit, wie es die richterlichen Beamten haben. In Bezug auf das Verhältnis der Verwaltung zum Postassistentenverbande liegt die Sache schwierig. Die Gegenläufe, die seinerzeit bestanden, hat der Herr Staatssekretär erfreulichweise der Vergangenheit überlassen und einen erteillichen modus vivendi geschaffen. In dem erwähnten Vorkommnis kann ich eine Aenderung der Verwaltung nicht erblicken. Ich hoffe, daß aus der Fühlungnahme der Beamten mit den Fraktionen des Reichstages ihnen ein Vorwurf nicht gemacht wird. Ich kann mir freilich denken, daß in dem Verband ein Geist hineingetragen wird, der sich mit der Staatsordnung nicht verträgt. Eine Agitation wie sie in Frankreich z. B. angeht, ist, würde natürlich den sozialdemokratischen Wünschen am meisten entsprechen, auch das russische Beispiel ist für unsere Beamten nicht brauchbar. Ich hoffe, unsere Beamten beruhigen sich nach dem freundschaftlichen Rat der Verwaltung wieder. Redner wünscht Aenderungen in der Revision; die großen Komter sollten direkt vom Reichspostamt selbst revidiert werden. Das Reichspostamt wird bei dieser Gelegenheit auch die neueren organisatorischen Gedanken in der jüngeren begabteren Beamtenklasse kennen lernen,

damit diese nicht den Eindruck haben, als ob frische temperamentvolle Gedanken bei den vorgesetzten Behörden verpönt seien. Das Reichspostamt sollte denken:

Wenn sich der Post auch noch absurd gebildet, Am Ende gibt es doch 'nen guten Wein! Die Wünsche auf Ausgleichung und Aufbesserung der Gehälter unterliegen auch wir. Insbesondere auch auf die Posthilfsstellen und Postagenturen sollte der Staatssekretär sein Wohlwollen erstrecken. Meine politischen Freunde beantragen im übrigen folgende Resolution:

1. Die Militärdienstzeit in der Weise anzurechnen, daß Militär- und Zivildienst in gleicher Gesamtdienstzeit auch gleiche Beförderung haben.

2. Das Wohnungsgeld der unteren und mittleren Beamten den Mietpreisen anzupassen.

3. Den Oberpostpraktikanten die höheren Bezüge, die sie vor der Einführung des Dienstaltersstufen-systems hatten, und ebenso den Postinspektoren und Telegrapheninspektoren ein höheres Anfangsgeld wieder zu gewähren.

4. Die Oberpostinspektoren und Postdirektoren zu einer einheitlichen Beförderungsklasse mit einem Höchstgehalt von 9000 M. zu vereinigen und für leitende Stellen besondere Zulagen zu gewähren.

Meine politischen Freunde wünschen aber auch, daß so lange sich die Forderungen dieser Resolution nicht völlig durchführen lassen, durch besondere Zulagen, besonders für die neuangestellten Militär-anwärter und Oberpostpraktikanten die Härten der gegenwärtigen Beförderungsweise gemildert zu werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Kraetzle:

Der Herr Vorredner hat einen Fall angeführt, wonach auf Veranlassung der Zentrumspartei einem Postassistenten das Halten von Vorträgen für den Evangelischen Bund untersagt sein soll. Die Zentrumspartei ist in keiner Weise bei der Sache beteiligt. Der katholische Pastor in Läden hat sich an die Oberpostdirektion in Leipzig gewandt mit der Klage, daß der Postassistent Köfler in Schrift und Wort die Einwohnerchaft verhetze, und daß es im Interesse des allgemeinen Friedens nötig wäre, ihm das zu untersagen. Als ihm die Antwort zu lange dauerte, hat er sich an das Reichspostamt gewandt. Nach dem von diesem eingeholten Bericht liegt die Sache so, daß der Postassistent Köfler, ein Mann von etwa sechsundzwanzig, siebenundzwanzig Jahren, dort viel Aufsehen gemacht und sich nicht darauf beschränkt hat, seine Schriften den Evangelischen zugänglich zu machen, sondern diese Schriften, die nach Form und Inhalt viel Anstößiges enthielten, sind auch katholischen Familien zugänglich worden, was von dem Pastor als Herausforderung empfunden wurde. Das Reichspostamt hat dann dem Vorschlage der Oberpostdirektion Leipzig zugestimmt, dem Postassistenten wegen seiner agitatorischen Tätigkeit ernstliche Mißbilligung auszusprechen und die Fortsetzung einer solchen Tätigkeit zu untersagen. Inzwischen hat sich ein Arzt Dr. Janber von neuem an das Postamt gewandt und sich beschwert, daß der Assistent Köfler trotzdem noch weiter diese Tätigkeit ausübe. Inzwischen hat der Amtsvorsteher dieses Assistenten, der gegenwärtig in Leipzig ist, Veranlassung genommen — im Einverständnis mit der Oberpostdirektion — dem Assistenten das Halten weiterer Vorträge zu untersagen. Dieses Vorgehen ist vom Reichspostamt als nicht gerechtfertigt erklärt worden, weil anzunehmen ist, daß der Assistent sich den Forderungen seiner vorgesetzten Behörden unterwerfen würde. Von dem Standpunkt, den der Herr Vorredner eingenommen hat, weicht die Postverwaltung ab. Die Beamten seiner Verwaltung stehen in so enger Beziehung mit der Bevölkerung wie die Post- und Telegraphenbeamten, die vermöge ihres Amtes sehr viel in die persönlichen Verhältnisse der Bevölkerung eindringen. Daher ist der größte Wert darauf zu legen, daß diese Beamten das Vertrauen aller Kreise der Bevölkerung besitzen, und hieraus folgt, daß eine agitatorische Tätigkeit, die zur Aneinanderhebung der Bevölkerungsklassen führt, nicht Sache der Postbeamten ist. Wir scheitern dieser Standpunkt der einzig korrekten zu sein. — Das Institut der Revisionen besteht seit lange und es hat sich bewährt. Die Postagenten werden von uns mit Wohlwollen behandelt. Es sind aber nicht Beamten, sondern Inhaber von Nebenstellen. Eine Einnahme von 1000 M. aus der Postagentur spielt auf dem Lande eine große Rolle. Pensionsberechtigten können wir sie schon deshalb nicht machen, weil die Agenten zum Teil erst als alte, kranke Leute die Agenturen bekommen, deren Geschäfte in solchen Fällen nur von den Angehörigen ausgeübt werden können. — Die Wohnungsgeldzuschüsse sind in Baden allerdings höher, dafür sind aber dort die Gehälter der höheren und mittleren Beamten geringer. — Der Gehaltserhöhung der Oberpraktikanten stehen wir freudlich gegenüber. Durch das Dienstaltersstufen-system ist niemand direkt geschädigt worden, wenn ich auch zugeben muß, daß das System einen Schönheitsfehler hat. (Seiterkeit.)

Gehelmer Oberregierungsrat Neumann äußert vom Standpunkt der Finanzverwaltung Bedenken gegen die Resolution Pöyig und verteidigt die herrschende Praxis des Reichspostamts bei der Anrechnung des Dienstalters.

Hr. Lattmann (Wirtsch. G.) preist den großartigen Fortschritt auf allen Gebieten des Postwesens. Gerade bei dem Postwesen gelte das stolze Wort: Deutschland in der Welt voran! Redner tritt für die eingebrachten Resolutionen ein, soweit sie nicht den Städten, sondern dem platten Lande Vorteil zu bringen verprechen. An neuen Forderungen seiner Partei sind zu nennen: Abschaffung des Vorkaufgeldes bei Postanweisungen und Einführung von Entfernungs-Zwischenstufen bei der Abstufung der Gehälter im Telephonverkehr. Beschwerde führt der Redner darüber, daß die ungarische Post sich weigert, Telegramme mit deutscher Städtebezeichnung zu befördern. (Abg. Korsany (Vole) ruft: Ganz wie bei uns. Seiterkeit.) In Bezug auf die Beamtenverhältnisse verlangt der Redner mehr Zurückhaltung in der Anstellung von Frauen im Postdienste. Die Geschlechts-genossinnen des Fräulein Augsburg seien den Körperlichen Anforderungen des Telephon- und Telegraphendienstes nicht gewachsen. Die Osmarkenzulagen müßte die Regierung so lange fordern, bis dieser Gehalts der Gerechtigkeit endlich die Mehrheit des Reichstages gewänne. Auch das sei ein kleines und notwendiges Mittel im Kampf um die Osmark. Auch wir fordern, daß allen Beamten, die durch das neue Dienstaltersstufen-system geschädigt sind, Aufbesserungen zu teil werden. — Redner wiederholt dann die Klagen über Ungerechtigkeiten in Bezug auf die „gehobenen Stellen“, obgleich ihm nach seiner Angabe jedes Material darüber fehlt: Die Landbriefträger waren früher nur Uebergangsstellen. Nachdem aber die Industrie auf das Land gekommen ist, hat sich die Stellung der Landbriefträger verschlechtert und muß daher verbessert werden. Bei der Vergütung von Neubauten sollte nach sozialpolitischen Grund-sätzen verfahren werden. (Beifall bei den Antisemiten.)

Unterstaatssekretär Eybow: Was die Zurückführung eines Telegramms nach Ungarn unter Bezeichnung des Ortes in deutscher Sprache betrifft, so hängt dieselbe damit zusammen, daß im internationalen Verzeichnis der Orte von der ungarischen Regierung die Städtenamen, wie Hermannstadt, Preßburg, Kronstadt, mit ihrer magyarischen Bezeichnung hineingefügt sind. Unsere Anregung, magarische Bezeichnung zu setzen, ist mit Rücksicht auf die ungarische Gesetzgebung abgelehnt worden. Um nun dem deutschen Publikum entgegenzukommen, wird ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Orte herausgegeben werden; dem Publikum soll damit gestattet sein, den deutschen Namen zu gebrauchen, während die Postbeamten das Telegramm mit dem ungarischen Namen weiter zu geben haben.

Abg. v. Chlapowski (Pole) wendet sich gegen die Verlegung von polnischen Postbeamten aus politischen Gründen. Angeblich erfolgt die Verlegung im Interesse des Dienstes, in Wirklichkeit aber im Interesse der preussischen Finanzpolitik, weil diese Beamten für den Polen gestimmt haben. Ein Pole, der so gestimmt hatte, wurde als „Schwein“ beschimpft. (Hört! hört! bei den Polen.) Die verlegten Polen werden wie Strafverurteilte behandelt. Allen Schilannen, die in bezug auf die Germanisierung polnischer Ortsnamen ausgeübt werden, wird dadurch die Krone aufgesetzt, daß eine Depesche einerseits unter dem deutschen Ortsnamen nicht aufgenommen werden konnte, weil an der Aufgabestation der Beamte den neuen deutschen Namen noch nicht kannte, daß sie dann aber unter dem polnischen Ortsnamen nicht an ihre Empfangsstation, nämlich die Frau eines Freundes von mir, befördert wurde, weil die Empfangsstation den alten polnischen Namen nicht mehr kennen wollte. (Hört! hört! bei den Polen.) In dem Telephonverzeichnis für Posen sind eine Unmenge polnischer Namen absichtlich falsch gedruckt, fast alle Agenten fehlen. — Bei Adressen aus allen fremden Sprachen entwickeln die Postbeamten eine geradezu erstaunliche Sprachkenntnis, sie brauchen absolut keine Uebersetzungsstelle; nur bei polnischen Adressen wird die Uebersetzungsstelle stets in Anspruch genommen, und große Verzögerungen in der Bestellung der Sendungen sind die Folge. — Ein Beamter, der eine Postkarte mit einem polnisch-nationalen Bilde abgehandelt hatte, wurde entlassen, trotzdem er lange etatsmäßig angestellt war, nachdem die Karte von dem Empfangspostamt an seine vorgesetzte Behörde überliefert worden war. (Hört! hört!) — Die polnische Bevölkerung ist über ein derartiges Vorgehen der Postverwaltung aufs tiefste empört. Sie hat den Einbruch gewonnen, daß die Reichspostverwaltung sich zur Generalagentur des Ostmarkenvereins begrüßigt. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Kern (L.) verteidigt die Ostmarkenzulage und begründet eine Resolution, in welcher der Reichsfinanzminister ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, im nächstjährigen Etat die Härten, die durch die Dienstaltersstufenvorlage für höhere und mittlere Beamten entstanden sind, zu beseitigen. Ferner stellt fest, daß in seiner gedruckt eingereichten Resolution hinter dem Worte „erlösen“ aus Versehen das Monna fortgeblieben ist, und will den meisten Wünschen der Resolution bezüglich seiner Zustimmung nicht verfangen. (Lebhafter Beifall bei den Konserverativen.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Erste Beratung des Antrags Wassermann (natl.) auf Aenderung der auf die Stellung der Handelsgehilfen und technischen Angestellten bezüglichen Bestimmungen im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Erbschaftsteuervorlage wird ausgehakt, jedoch das fürstliche Steuerfreiheitsprivileg beseitigt.

In der Finanzreformkommission ergab die gleich nach Eröffnung der gestrigen Sitzung vorgenommene Abstimmung über den Antrag der Rogellkommission zu § 17 der Erbschaftsteuervorlage dessen Annahme. Die Annahme erfolgte mit allen gegen sechs Stimmen. Daraus sind die ohnehin schon durch die Vorlage dem landwirtschaftlichen Grundbesitz eingeräumten Vergünstigungen wesentlich erweitert worden. Während nämlich nach der Vorlage nur von den nächsten Anverwandten des Erblassers, den leiblichen Eltern, voll- und halbblütigen Geschwistern und deren Abkömmlingen usw. ein Viertel des berechneten Steuerertrages nicht erhoben werden sollte, ist diese Vergünstigung nunmehr auf alle erbberechtigten Verwandten ausgedehnt und weitere Ermäßigungen, ja bei gewissen Verhältnissen gänzliche Befreiung von der Steuer beschlossen worden. Der § 17 lautet nunmehr:

„Soweit Grundstücke, die land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, die Gegenstände eines Erwerbes bilden, wird ein Viertel des auf diesen Teil des Erwerbes entfallenden, nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechneten Steuerbetrages nicht erhoben.“

Für Steuerpflichtige der Klasse I (leibliche Eltern, voll- und halbblütige Geschwister und Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern) tritt Befreiung von der Steuer ein, soweit im Laufe der dem Anfall vorhergehenden drei Jahre die Grundstücke Gegenstand eines nach diesem Gesetz steuerpflichtigen Erwerbes geworden sind. Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte tritt ein, soweit der bezeichnete steuerpflichtige Erwerb um weitere fünf Jahre vorher stattgefunden hat. Die Befreiung der Ermäßigung tritt nicht ein, wenn die Grundstücke innerhalb des bezeichneten Zeitraums gegen Entgelt an Personen veräußert worden sind, welche nicht dem Veräußerer gegenüber in einem die Befreiung von der Erbschaftsteuer begründenden Verhältnis stehen.“

Sodann wurde auf den § 1 der Vorlage zurückgegriffen und familiäre Paragraphen bis 12 ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Zu § 13 der Vorlage, der die Fälle betrifft, in denen die Erben von der Steuer befreit bleiben sollen, lag außer dem Antrag der Rogellkommission, der diese Befreiung von der Steuer ausgedehnt wissen will auf Hausgeräte und sonstige Gegenstände, die den Erbberechtigten durch Schenkungen zugewandt werden usw., auch ein sozialdemokratischer Antrag vor, der auf Streichung des § 13 lautete.

Genosse Singer führte zur Begründung an, daß es nur eine Konsequenz des zum § 12 eingebrachten sozialdemokratischen Antrages sei, auch die Kinder und Ehegatten mit zur Steuer heranzuziehen. Durch Ausschließung dieser werden 75 Proz. der Erbschaftsfälle von vornherein ausgeschlossen, und dadurch sowie infolge aller weiteren Ausnahmen, wie sie durch die Mehrheit der Kommission noch beschlossen seien, erhalte das ganze Erbschaftsteuergesetz immer mehr den Charakter eines Ornamentes, einer bloßen Verzierung der Steuervorlagen. Keine der beschlossenen Ausnahmen habe eine innere Berechtigung, denn ein Erbfall sei in allen Fällen ein mißlicher Erwerb. Deshalb würden er und seine Freunde gegen diese sowie alle weiteren Ausnahmebestimmungen stimmen, sich alles weitere für die zweite Lesung vorbehalten. Auf eine Bemerkung Mälers-Zulda, daß seiner Uebersetzung nach die Einbeziehung der Kinder und Ehegatten nur eine Frage der Zeit sei, erwidert Genosse Bernstein, daß bei einer solchen Anschauung es unerlässlich erweise, warum man diesen Schritt nicht gleich tun wolle, da es doch schwieriger und mißlicher sei, bestehende Gesetze nach einigen Jahren umzugestalten, als sie gleich der besten Einsicht entsprechend zu formen. Der Reichssekretär wünschte in bezug auf den Hausrat eine Wertgrenze gezogen zu wissen, da es Hausgeräte im Werte von einer halben bis zu einer ganzen Million und mehr gäbe, welchem Verlangen auch durch Reimung von 10 000 M. als Wertgrenze Rechnung getragen wurde. Gänzlich unberücksichtigt ließ die Mehrheit den Einwand unseres Genossen Meyer, daß unter den durch Schenkung an Familienmitglieder auch Objekte von hohem Werte, als Juwelen, Kunstgegenstände usw., fallen können, welche nach diesem Antrage auch von der Steuer befreit sind. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß alle diese Bestimmungen nicht den kleinen und mittleren, sondern nur den reichen Erben zugute kommen. Das müsse zweifellos in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Mißstimmung erzeugen. Schließlich wurde der Antrag zu § 13 mit kleinen Änderungen mit allen gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten in folgender Fassung angenommen:

„Von der Erbschaftsteuer befreit bleiben:

1. ein Erwerb von nicht mehr als 500 M.;
2. ein Erwerb, der anfällt

a) ehelichen und solchen Kindern, welchen die rechtliche Stellung solcher Kinder zukommt — mit Ausschluß der an Kindesstatt angenommenen Kinder —, sowie eingetragenen Kindern.

b) unehelichen Kindern aus dem Vermögen der Mutter oder mütterlichen Voreltern,

c) Abkömmlingen der zu a und b bezeichneten Kinder, d) Ehegatten, e) den in § 12 I. 1, 5, 6 aufgeführten Personen, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigt;

f) den in § 12 I. 1, 2, 3, 4 aufgeführten Personen, sofern er in Kleidungsstücken, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät besteht und diese Gegenstände nicht zum Gewerbebetriebe oder zum Verlaufe bestimmt waren, jedoch nur so weit als der Wert den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt;

g) leiblichen Eltern, Großeltern und entfernteren Voreltern, soweit der Erwerb in Gegenständen besteht, die sie ihren Abkömmlingen durch Schenkung zugewandt hatten;

h) Personen, die dem Hausstande des Erblassers angehört oder in einem Dienst- und Arbeitsverhältnisse zum Erblasser gestanden haben, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt.“

Zu § 14, der Ausnahmebestimmungen für Kirchen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen usw. für mildtätige und gemeinnützige Zwecke enthält, lag ein Antrag der Freisinnigen vor, inländische Kirchen und Religionsgemeinschaften zu streichen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der § 15 sieht die Erbschaftsteuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin, sowie der Mitglieder des landesfürstlichen Hauses in Ansehung des Erwerbes aus dem Vermögen anderer Mitglieder dieses Hauses vor.

Die Sozialdemokraten beantragen, diese Ausnahmebestimmung zu streichen. Genosse Bernstein begründete ihn damit, daß diese Vergünstigung bei den ohnehin so vielen den Fürsten eingeräumten Privilegien hier in Erbschaftsteuerrecht nicht die geringste Berechtigung habe. Diese Ausnahmebestimmung widerspreche nicht nur der ganzen modernen Entwicklung, sondern es entspreche auch ein Ausfall an der Einnahme, der nicht unerheblich sei. Nachdem auch Dr. Wiemer dafür eingetreten, erklärten der Reichssekretär und der preussische Finanzminister v. Rheinbaben, daß einem derartigen Beschlusse staatsrechtliche Bedenken gegenüberstehen. Die Steuerfreiheit der Landesfürsten basiere auf politischen Rechten und deren Souveränitätsrechte müßten erhalten bleiben, daran dürfe nicht gerüttelt werden.

Auf Antrag von v. Deryn wird getrennt abgestimmt. Die Befreiung von der Erbschaftsteuer soweit sie den Landesfürsten und die Landesfürstin anbelangt, wird mit 13 gegen 12 Stimmen, und die bezüglich der Mitglieder des fürstlichen Hauses mit allen gegen die Stimmen der Konserverativen gestrichen. Für die Streichung in erster Lesung hatten außer den Sozialdemokraten und Freisinnigen fünf Mitglieder des Zentrums gestimmt.

Alle übrigen Paragraphen bis 49 gingen dann glatt durch, abgesehen von einigen unwesentlichen, meist nur redaktionellen Änderungen.

Bei § 50 mußte die Debatte abgebrochen werden. Der Vorsitzende erklärte, daß er und der Referent am Mittwochvormittag an einer Sitzung teilzunehmen hätten und schlug vor, an Stelle der Vormittags- eine Abend Sitzung abzuhalten. Genosse Singer widersprach diesem Vorschlage mit dem Hinweis darauf, daß er und seine Freunde alsdann durch die ordentliche Fraktionsitzung an der Teilnahme verhindert seien. Trotzdem setzte der Vorsitzende (den die Streichung der fürstlichen Steuerfreiheit arg verhaspelt zu haben schien) die Abend Sitzung durch. Voraussichtlich wird heute abend der Rest der Erbschaftsteuervorlage in erster Lesung in der Kommission erledigt.

Aus der Partei.

Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus.

Brüssel, 5. März.

Heute wurde die Beratung des Vorschlags fortgesetzt, den das Sekretariat auf der Grundlage des Antrages Van Kol zur Repräsentation und Abstimmung auf den internationalen Kongressen vorgelegt hat.

Zunächst ist nachzutragen, daß ein Zusatz angenommen wurde zu dem gestern erledigten Punkt II b, der die Nation definiert, welche die Grundlage einer jeden internationalen Sektion zu bilden hat, und festsetzt, daß ausnahmsweise das Bureau auch innerhalb eines Staates verschiedene Nationen anerkennen kann. Der Zusatz lautet: „Das Stimmenverhältnis auf dem Kongress darf dadurch nicht geändert werden.“

Das Bureau geht nun dazu über den Punkt II o zu beraten, der schließlich folgende Gestalt erhält:

„Jede nationale Sektion erhält eine Stimmenzahl, die von 2—20 variiert, nach einer Liste, die zuerst von dem 1906/7 fungierenden Bureau aufgestellt werden soll. Für jede Nation wird die ihr zukommende Stimmenzahl festgelegt:

- a) nach der Zahl ihrer zahlenden Mitglieder.
- b) nach der Stärke der Gewerkschaften und sozialistischen Genossenschaften.
- c) nach der Bedeutung der Nationalität.
- d) nach der politischen Macht der sozialistischen Partei oder Parteien.“

Dieser Passus wird angenommen mit dem Vorbehalt, daß er nur als in erster Lesung akzeptiert gelten und bei der nächsten Sitzung des Bureaus einer zweiten Lesung unterworfen werden soll. Nur unter dieser Bedingung stimmten ihm Wedel, Kubanowitsch und andere zu, die hervorhoben, daß die gegenwärtige Fassung große Schwierigkeiten biete, daß es aber nicht angehe, diesmal eine endgültige Fassung anzunehmen, wo die zwei Staaten nicht ausreichend vertreten seien, auf deren Verhältnisse sie hauptsächlich zugeschnitten worden, Oesterreich und Rußland.

Punkt II 8 des Vorschlages des Bureaus, will dessen Zusammenfassung neu regeln in der Weise, daß jede Nation fürderhin das Recht haben soll, so viele Delegierte ins Bureau zu entsenden, als ihr Stimmen auf dem Kongress zustehen. Dieser Antrag wird abgelehnt, weil er das Bureau in einen Kongress verwandeln würde, und einstimmig beschlossen, den bisherigen Zustand beizubehalten, der jeder Nation das Recht auf zwei Delegierte im Bureau gibt.

Die nun folgenden Punkte 4 und 5 machen keine Schwierigkeiten und werden leicht erledigt. Sie lauten:

„Das Bureau hat einen permanenten Sekretär, dessen Funktion in dem Pariser Kongress 1900 festgelegt worden sind.“

Das Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel und die belgische Delegation fungiert als Exekutivkomitee.“

„Der Beitrag jeder angeschlossenen Partei wird im Januar jeden Jahres nach einer Liste erhoben, die von Zeit zu Zeit das Bureau aufzustellen hat.“

Den Rest der Sitzung füllten interne Verwaltungssachen aus.

Der Wahlkreisverein Guben-Lübben hielt am 4. März in Guben seine letzte Generalversammlung nach dem alten Statut ab. Es wurde ein neues Statut beschlossen, das die regelmäßigen Generalversammlungen des Vereins — konform den anderen Wahlkreisvereinen der Provinz — auf den Monat August verlegt. Die wichtigste Erneuerung der Statutenänderung ist die Vorschrift, daß in jedem Orte, wo mehr als zehn organisierte Genossen wohnen, ein Ortsverein zu gründen ist. Der Wahlkreisverein Guben-Lübben ist der älteste Zentralwahlkreisverein des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. Er bestand aber bisher nur aus Einzelmitgliedern. Jetzt ist auch in den ländlichen Ortschaften die Bewegung gut vorwärts gekommen und

es sieht deshalb nach Inkrafttreten des neuen Statuts die Gründung einer ganzen Anzahl Ortsvereine zu erwarten. Die Verbreitung der Presse hat Fortschritte gemacht, in letzter Zeit wächst auch der Mitgliederstand und damit die Einnahme, die im letzten Jahre gegenüber den vorjährigen zurückgegangen war. Auf Antrag des Vertreters der Berliner Agitationskommission, Genossen Behrmann, wurde noch eine scharfe Protestresolution gegen die Schwänzererei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Besprechung der „Russia“-Interpellation einstimmig angenommen.

Wohum freie dich! Trotz des Eberfelder Urteils in Sachen der Flugblattverbreitung für den roten Sonntag hat die Wohümer Staatsanwaltschaft gegen den Gen. Ringe doch noch ein Strafverfahren wegen — Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet. Wohum darf sich also auf den Ruhm freuen, daß in seinen Rauen die Staatsanwaltschaft heimisch ist, die das Eberfelder Gericht wegen des freisprechenden Urteils gründlich in die Pfanne hauen wird.

Um Wandel zu schaffen, werden die Genossen und Gewerkschaftler gebeten, davon Notiz zu nehmen, daß der Genosse Abg. Grünberg erkrankt ist. Den vielfachen Aufforderungen, Referate zu übernehmen, kann er deshalb nicht entsprechen und wolle man daher von diesbezüglichen Einladungen absehen.

Aus Industrie und Handel.

Schimpfen macht nichts! Die „Arbeitgeber-Zeitung“ tobt, weil wir der Ansicht Ausdruck gegeben haben, die Unternehmer könnten angesichts der gestiegenen und hohen Dividenden die Klagen der Arbeiter über unzulängliche Löhne nicht abweisen. Das Scharfmacherblatt sieht Dividenden von 10 und 11 Prozent als bescheiden an, aber jede Lohnforderung bewertet es als unerträglich. Ihr Toben macht aber nichts, wir werden unsere Leser von dem Segen der Couponabschneidererei fortlaufend unterrichten. Für heute diese Dividendentafel:

	1904	1905
Dresdener Alt.-Bef. Linde	12 1/2	16
Baßnerwerk für das nördl. westf. Kohlenrevier	10	10
Pföner Straßenbahn	8 1/2	8 1/2
Verein Chemischer Fabriken, Mannheim	19	19
Rafinieren-Anstalt in Gießen i. L.	7	8
Donabrücker Bank	7 1/2	7 1/2
Eisener Kreditanstalt	8	8 1/2
Vereinigte Elbschiffahrts-Gesellschaft, Dresden	0	9
M. Möbelfabrikerei A.-G. Bamern	11	11
Elektrotechnische Fabrik Rheidt	7	8
Wittener Glasfabrik A.-G.	7	10
Frankfurter Transport-Gesellschaft	80	33
Frankfurter Hypothekbank	9	9
Vormer Pannverein	6 1/2	7 1/2
Oberöhl. Eisenbahnbetriebs-Akt.-Ges.	7	7
Vorzellanfabrik Schönwald		11
Oberöhl. A.-G. für Fabrication von Lignose	45	80
Waldschlagerwerk Schütz-Amandt, Effen	6	7 1/2
Solinger Bank	7	8
Halleische Maschinenfabrik	18	32

Freierhöhungen im Ledergewerbe. Allenfalls machen sich in der Lederindustrie Bestrebungen bemerkbar, Freierhöhungen für Fertigerfabrikate durchzuführen. Teilweise werden diese Verteuerungen mit dem Hinweis auf die Handelsverträge und die hohen Rohstoffpreise begründet. Hohe Häute und Felle kosteten in Bremen während des Januar pro Doppelzentner in Mark:

	1905	1906
Döhh. beste, trockene, Buenos Aires	190.—	207.—
Buenos Air. Saladero	180.—	136.—
Kipfe, Durbungah usw.	275.—	250.—
Kipfe, Hooghly usw.	240.—	232.—
Kipfe, Datta, beste	230.—	220.—

Auf der Freierhöhung für Fertigerfabrikate hat die Schuhbranche den größten Anteil genommen. Noch vor einem Jahr hielt man die Durchführung einer allgemeinen Verteuerung des Schuhwerks für ausgeschlossen. Da die ausländische Konkurrenz, vor allem die amerikanische und österreichische, auf dem deutschen Schuhmarkt eine bedeutende Rolle spielt, so war ein Preisauflauf mit Rücksicht darauf schwer durchzuführen. Bemerkenswert ist es, daß sich die deutsche Schuhindustrie trotz der neuen Handelsverträge lange nicht so stark wie 1905 mit Rohmaterial resp. Halbzeug vom Auslande her versehen hat. — So war z. B. die Einfuhr von Sohlleder niedriger als im Vorjahre. Dagegen wurde der Export stark forciert.

Ein Zukunftsstaat! Nur keine Aufregung, nicht um einen sozialistischen Zukunftsstaat handelt es sich, sondern um einen kapitalistischen. Gründer ist der amerikanische Stahltrust. Dieser hat am Lake Michigan, in Lake County, Indiana, unweit von South Chicago, einen Komplex von 236 800 Acker zum Preise von 1 432 000 Dollar erworben, auf welchem mit einem Aufwande von 25 000 000 Dollar Höfen, Walzwerke, Fabriken, sowie Verwaltungsgebäude, Arbeiter- und Beamtenwohnungen, nebst den zu einer Fabrikstadt gehörigen „Wohlfahrts-Einrichtungen“, wie Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken und sogar ein „Opernhaus“, errichtet werden sollen. In Ehren des Präsidenten des Stahltrust soll die neue Fabrikstadt den Namen „Corey“ erhalten. — Auf Kirchen und Gefängnisse will die Fabrikstadt anscheinend verzichten. Hoffentlich gelingt das. Oder soll etwa die ganze Stadt ein großes Zucht haus werden, mit dem Stahltrust als Zuchtwächter?

Die Kohlenindustrie in Pennsylvania. Angesichts des drohenden Bergarbeiterstreiks im nordamerikanischen Kohlengebiete scheint es angebracht, einige statistische Angaben über die dortige Kohlenindustrie zu bringen. Die Verträge, welche zwischen den Grubenbesitzern und der Bergarbeiterorganisation abgeschlossen sind, und welche Ende März ablaufen, erstrecken sich auf circa 150 000 Bergarbeiter. Das pennsylvanische Kohlengebiet erstreckt sich auf eine Fläche von 15 500 Quadratkilometern, die in zwei große Regionen, die Anthracit- und die Weichkohlenregion, zerfällt. Die erste ist die kleinere und erstreckt sich über 500 Quadratkilometer. Das Jahresprodukt für das Jahr 1905 in der Anthracitregion erreichte die Höhe von 61 Millionen Tonnen, während der Gewinn an Weichkohlen gerade 100 Mill. Tonnen betrug. Die ganze nordamerikanische Kohlenproduktion ist nicht viel über 100 Jahre alt; erst im Jahre 1770 wurden die ersten Kohlenfelder entdeckt. Im Jahre 1792 wurde die erste Bergbaugesellschaft gegründet, die noch heute mit einem Betriebskapital von 60 Millionen Mark besteht. In ungeheurer Weise ist die Produktivität der Arbeit gestiegen. Vor 100 Jahren arbeiteten die Bergleute mit Pile und Schaufel zwölf bis vierzehn Stunden pro Tag, um eine Tonne Kohle zu gewinnen. Heute arbeiten sie mit Maschinen neun Stunden pro Tag und fördern zwischen 10 und 20 Tonnen zu Tage. Nach einem am 1. Dezember 1905 in Kraft getretenen Gesetze darf in den Gruben kein jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren mehr arbeiten und die über Tage Arbeitenden müssen das 14. Lebensjahr überschritten haben. Die Zentralisation der Grubeninteressen wird durch die Verschmelzung der verschiedenen Eisenbahnen herbeigeführt und es heißt, daß in Walde ein Syndikat die gesamten Kohlenfelder von Pennsylvania an sich bringen wird; damit würde es über das Wohl und Wehe von 325 000 Männern und Jungen, die in den Gruben beschäftigt sind, zu bestimmen haben. Von diesen Arbeitern sind mehr als 70 000 Ausländer.

Die Abkantung fest ein! Während bis vor wenigen Tagen die Industrie, speziell auch der Bergbau noch mit Rücksicht arbeitete, soll ab 1. April wieder die Fördererdrückung bei den Aufgräuben eintreten, da, wie die „N. Z.“ berichtet, für die dauernde Unterbringung der vollen Förderungen keine Rücksicht besteht. Die Veränderung in der Marktlage für Kohlen legt auch eine Abschwächung der Konjunktur in der Eisenindustrie voraus.

Gerichts-Zeitung.

Germanisierungs-Nachlässe vor Gericht. Eine Privatklage des Freiherrn von Sierstorff-Cramm gegen den verantwortlichen Redakteur der „Täglichen Rundschau“ beschäftigte das hiesige Schöffengericht. Die „T.R.“ brachte in ihrer Nummer vom 4. April eine Zuschrift aus Posen, in welcher mit Bezug auf den Verkauf des Gutes Alt-Stramzig im Kreis Bomst gefagt wurde: Das Deutschtum der Ostmark sei um eine tief beschämende Erfahrung reicher. Es wurde ferner lebhaft darüber geklagt, daß Hr. v. Sierstorff-Cramm jenes Gut an den Vertrauensmann einer politischen Vorzeilierungsbank losgeschlagen habe, und zwar in voller Kenntnis der Absicht der Bank, das erwerbene Gut an die angrenzenden polnischen Bauern zu veräußern. Durch diesen Artikel fühlte sich Hr. v. S.-C. beleidigt und ließ durch Rechtsanwalt Dr. Alfred Gottlieb die Privatklage anstrengen. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Egel verteidigt. Nach ausführlicher Beweisaufnahme endete die Verhandlung mit der Zurücknahme der Klage auf Grund der folgenden vom Angeklagten gegebenen Erklärung: „Durch die stattgehabte Beweisaufnahme in einer von dem Freiherrn v. Sierstorff-Cramm erhobenen Privatklage ist festgestellt worden, daß das Gut vom Hrn. v. S.-C. an einen Deutschen verkauft und von diesem allerdings zum großen Teil an polnische Bauern weiter verkauft worden ist, daß aber beim Verkauf Hr. v. S.-C. nicht gewußt hat, daß sein Käufer an Polen weiter verkauft würde.“

Schweineereien gegen Kinder. Ein Masoch (Mensch, der in dem Erleben der Schmerzen geschlechtliche Wohlstandspfindungen findet) wurde gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des in weiteren Kreisen namentlich im Westen bekannten Musiklehrers und Dirigenten eines Mandolinenklubs Reinhold Worpahl aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urteilsverhandlung ergab sich, daß der Angeklagte wohl zwei Jahre hindurch verschiedene unzüchtige Handlungen an einem Knaben unter vierzehn Jahren vorgenommen hatte. Bei Abmessung der Strafe erwog das Gericht, daß das Kind an Leib und Seele schweren Schaden genommen hat, daß der Angeklagte eine nicht geringe Bildung besitzt und daß er aus einem großen Schillerkreise reiche Einnahmen bezieht. Deshalb erscheine dem Gericht eine Strafe von zwei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre angemessen. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

Roheiten gegen Lehrlinge. Der Schlossermeister und Fabrikant Paul Schmidt aus Rauen hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht zu Spandau zu verantworten, weil er am 20. November v. J. seinen Lehrling Neubauer mit einer ledernen Hundepeitsche über Rücken und Arme geschlagen. Nach dem ärztlichen Attest, welches vom 24. November ausgestellt war, der Rücken völlig mit blauen, blutunter-

laufenen Striemen bedeckt, so daß kaum eine weiße Stelle sichtbar war. Die Züchtigung war erfolgt, weil der Lehrling den Meister wegen einer ganz geringfügigen Sache belogen haben sollte, was der Lehrling aber bestritt. Der Angeklagte wurde verteidigt durch den freikonservativen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Ebdike-Spandau. Auf dessen Antrag war ein Polizeiwachmeister aus Rauen geladen, der den Lehrling am 25. November, also einen Tag nach der ärztlichen Befestigung, sich angesehen. Dieser Zeuge bezeugte entgegen dem ärztlichen Atteste, daß die Verletzungen nicht so schlimm waren. Er habe etwa zehn bis zwölf blaue verblaute Striemen auf den Rücken des Lehrlings gesehen und es waren noch viele weiße Stellen sichtbar. Der Amtsanwalt beantragte 30 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Ebdike plädierte für Freisprechung, der Angeklagte habe sein Züchtigungsrecht nicht überschritten, die lederne Hundepeitsche sei kein gefährliches Werkzeug. Es haben sich nach den Befundungen des Sachmeisters nur einige Striemen vorgefunden und solche müssen eine Züchtigung auch hinterlassen, wenn sie nachhaltig sein soll. Der Angeklagte habe schon 54 Lehrlinge ausgebildet und nie sei über ihn Klage geführt. Das Gericht hält die Hundepeitsche für kein gefährliches Werkzeug. Bezüglich der Verletzungen habe der Arzt wohl übertrieben, da der Sachmeister die Verletzungen nicht so schlimm fand. Der Angeklagte habe aber fahrlässig sein Züchtigungsrecht überschritten. Zehn Mark Geldstrafe werden für eine ausreichende Sühne gehalten.

Dies überaus milde Urteil ist nicht geeignet, Roheiten auf dem Gebiete des Lehrlingswesens entgegenzutreten. Dem Lehrherrn steht freilich nach § 127a der Gewerbeordnung das väterliche Züchtigungsrecht zu. Er überschreitet dies Recht, wenn er es nicht zur Erreichung des Lehrzwecks verwendet. Dann übt er kein Züchtigungsrecht aus, sondern handelt widerrechtlich. Das Reichsgericht ist auf diesem Gebiete im Gegensatz zum preussischen Kammergericht Mißhandlungen entgegengetreten, die nur unter dem Vorwand erfolgten, dem Lehr- und Erziehungszweck zu dienen. Die Verhandlung legt nahe, daß im vorliegenden Fall die Züchtigung nicht zur Erreichung des Lehrzwecks erfolgte und schon deshalb widerrechtlich war. Aber selbst wenn eine Züchtigung an und für sich zulässig war, so charakterisierte die unter Anklage gestellte sich durch die Art der Züchtigung als eine schwere Verletzung der dem Lehrherrn obliegenden Pflichten und als eine rohe und unzulässige. Bei Beratung des § 127 G.-O. war zur Steuerung des Lehrraumes von Prügelei gegen Lehrlinge vorgegangen, ausdrücklich die Vorschriften der Braunschweiger Konfessionsverordnung von 1836 und der hessischen von 1874 über das Züchtigungsrecht in Elementarschulen anzustreben: „Ueberrmäßige und unanständige Züchtigung, Schläge auf den Kopf, das Gesicht, den Rücken oder die Hände des Lehrlings, sowie jede die Gesundheit des Lehrlings ge-

fährdende Behandlung sind verboten.“ Leider wurden nur die geperri gedruckten Worte angenommen. Aber auch nach diesem Vorlaute ist die Anwendung einer Hundepeitsche über den Rücken unter allen Umständen unzulässig. Ein Schlägen, das die vom Arzt befundene schweren Spuren hinterläßt, ist überdies eine gesundheitsgefährdende Roheit. Daß dem Polizeiwachmeister mehr Glauben als Sachverständigen über die Folgen der Prügelei geschenkt ist, als dem Arzt, ist charakteristisch. Mit demselben Recht könnte man bei Mißhandlungen das Gutachten von Unteroffizieren darüber heranziehen, ob eine gesundheitsgefährdende Mißhandlung oder eine „schmerzliche, ungesühliche Verletzung“ stattgefunden habe. Wie würden Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Schöffen und der Vorstehende wohl über die Roheit klagen, wenn ihre Kinder mit der Hundepeitsche so traktiert wären? Und das mit Recht.

Briefkasten der Redaktion.

N. 8. 1875. Frage I. Zentralkommission der Krankenassen. II, III und IV erleben Sie unter „Jahresliche Briefkasten“. — Karichen. I. In allen drei Fällen falls angewendet. 2. In einzelnen Gegenden jener Provinzen ja. — 333. C. 2. In Samen- und Drogenhandlungen. — G. 51. Sehen Sie die Nr. 46 ein, da ist Ihre Frage beantwortet. — Giltigkeit. a) 21. November 05. b) 20. Juli 05. c) Fragen Sie bei der Redaktion der „Neuen Zeit“, Friedenau, Saarstr. 19, an. d) Durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen.

Witterungsübersicht vom 6. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.
Swinemünde	764	W	4 bedekt	9	Spandau	748	SW	bedekt	-19
Damberg	767	SW	5 bedekt	7	Berchsburg	753	SW	1 bedekt	-8
Berlin	768	SW	2 halb bd.	10	Schlitz	767	SW	5 wolkt	10
Kranz a. M.	774	SW	3 wolkt	7	Überden	759	SW	bedekt	4
München	776	SW	4 wolkt	3	Varis	773	S	1 Nebel	1
Stettin	774	SW	4 wolkt	10					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. März 1906.

Umwolkt, zeitweise heiter, aber unbeständig mit leichten Regenschauern und ziemlich kräftigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 6. März. Elbe bei Magdeburg + 2,20 Meter, bei Dresden - 0,72 Meter, bei Radeburg + 3,04 Meter. — Ussrutz bei Strausfurt + 2,80 Meter. — Oder bei Rathor + 1,97 Meter, bei Breslau Oberpegel + 6,12 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,10 Meter, bei Frankfurt + 1,71 Meter. — Weichsel bei Weidenmünde + 3,21 Meter. — Warthe bei Posen + 1,90 Meter. — Reye bei Uch + 1,29 Meter.

Rohrer!

Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Oeffentliche Versammlung sämtlicher Rohrer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Kater. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Rohrer zu dem Tact der Rohrreden-Fabrikanten Berlins und Umgegend. 145/2
NB. Es ist Pflicht aller Kollegen, für diese Versammlung zu agieren. Die Nachkommision.

Vereinigung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter (Crisörerein Berlin).

Donnerstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Watt, Dragonerstr. 15. 259/8
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer.

Filiale Berlin.
Freitag, den 9. März, abends 6 Uhr:
Versammlung der Bau-Vertrauensmänner
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Handhabung der Kontrollstation. 195/13
2. Bericht der Bau-Vertrauensmänner.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Vertrauensleute, sowie sämtlicher Verbandsunkollegare ist dringend erforderlich.
Der Filial-Vorstand.

Zimmerer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingelichene Hilfskasse Nr. 2. Hamburg).
Centrale Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom IV. Quartal 1905. 2. Wahl der Revisoren. 3. Anträge zur Generalversammlung. 259/4
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosencr. 3: 113/16

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Referent Ritter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Einsetzer.
Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Jede Firma muß vertreten sein. Karten werden in der Versammlung ausgestellt. 181/16
Der Obmann.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den



Frühjahrs-Anzüge

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigst. Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare neuester Frühjahrs-Moden.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.

Frühjahrs-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesener Farbenstellungen.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes
Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Allg. Deutsch. Gärtner-Verein

Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Branche Landschaftsgärtnerei.
Donnerstag, den 8. März, abends 9 Uhr, im „Königs Hof“, Berlin W, Bismarckstr. 37:
Oeffentliche Versammlung
der Gärtnergehülfr. u. Gartenarbeit.
Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere in Obst's Festreden am 15. Februar gefasste Resolution. 2. Freie Aussprache. 3. Beschlußfassung über unsere neuen Forderungen. 289/7
Die Kollegen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Lokalkommission.

Beste Bettenfüllung
Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt einseitigen
Monopoldaunen
(gerüst, gerichtet) Pfund Mt. 2,85.
4 Pfund genügen a. gr. Oberbett.
Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 45
Gedriges Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Steppdecken
Sticht direkt in der Fabrik
72. Wallstr. 72.
wo auch alle Steppdecken aufgehoben werden. Bernhard Strohmayer, Berlin Ka. Mühlstr. Katalog gratis.

Ein Riesenposten
130 cm breite bunte
Mocket-Plüsch
vornehm. haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 85 pr. Meter
Extrapreis 5 Wert 750
Bei Abnahme 5 15 p. Mtr.
ganz. Stücke 5 M.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.
Alle Mitglieder des Vereins, welche noch nicht im Besitz der neuen Mitgliedsbücher sind, können dieselben von jetzt an nur im
Bureau, Kirlenstr. 20
in Empfang nehmen.
Die Abteilung der Püger hält jeden Sonntag vormittag bei Fritz Wille, Braunnstr. 188 ihre **Morgensprache** ab und wird zugleich dafelbst für sämtliche Püger taffiert und Arbeit vermittelt.
Der Vorstand.
Inferatenteil verantw.: H. Glose, Berlin. Druck u. Verlag: Volkshaus-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

KAUFHAUS



Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. März.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Das Mädchen von Navarra. Coppelia.
Schauspielhaus. Der Damentag. Die Dientboten.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
 Kelling. Rohmerholm.
 Neues. Erdgeist.
Berliner. Nachtasyl.
 Weihen. Schützenfest.
 Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
 Kleines. Kinder der Sonne.
 Komische Oper. Don Pasquale.
 Zentral. Der Mikado.
 Metropol. Auf ins Metropol.
 Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
 Residenz. Der Prinzgemahl.
 Trianon. Loulou.
 Carl Weiß. Die lebende Bräute auf Kubo.
 Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
 Thalia. Bis früh um fünf.
 Luise. Der Kaufmann von Venedig.
 Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
 Kasino. Die Herren Söhne.
 Apollo. Insel Tulipatan. Spezialitäten.
 Herrens. Familientag im Hause Prellstein.
 Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.
 Wintergarten. Saharet. Die Kaiserin der Sahara.
 Belle Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Passage. Spezialitäten.
 Urania. Tandenstraße 48/49.
 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
 8 Uhr: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
 Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.

Nachtasyl.

Donnerstag: Onkel Wanja.
 Freitag: Nachtasyl.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Erdgeist.

Donnerstag: Ein Sommernachts Traum.
 Freitag: Liebesleute (Amants).

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.

Kinder der Sonne.

Donnerstag 3. erstmalig: Antigone.
 Trauerspiel in 3 Akten v. Sophokles.

Zentral-Theater.

(Oberette.) 8 Uhr halbe Preise:
Der Mikado.

Komische Oper.

Abends 8 Uhr:
Don Pasquale.

Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.
 Freitag: Don Pasquale.
 Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig.

Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.
 Freitag zum erstenmal: Die Hausbesitzerin.
 Sonnabend: Das Lumpenfandl.
 Sonntag nachm.: Graf Ester.
 Abends: Die Hausbesitzerin.
 Montag: Graf Ester.

Lustspielhaus.

Abendlich 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

!Auf -- in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
 Musik von Viktor Hollaender.
 Ranchen in all. Räumern gestattet.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
 Heute zum 129. Male,
 morgen und folgende Tage 8 Uhr:

Der Prinzgemahl.

Satirischer Schwan in 3 Akten von L. Kancel und R. Schaefer.
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Urania Tandenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:
 Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.

4 Uhr:
 Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

65 Ahessinier

in

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.

Kein Extra-Entree!

Apollo-Theater.

Liane d'Eve Etoile Parisienne.
 Herkules u. Venus Kraft-Creation.
 Robert Steidl neue Schlager.
 Gobert Belling und sein fingenber Gesel.

The Saphos, Reformer.
 Gibby Woolf m. Ihren 6 Plectaninis
 Ilona Spero, illustrierte Gesänge.
 Die Insel Tulipatan, Operette.

Walhalla-Theater

Heinrich Heine.
 Lustspiel in 3 Akten von H. Heine.
 Darauf:
Die Ballhaus-Anna.
 Woffe m. Gef. I. 2. Akt v. Dain u. Hasel.
 Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.
 Jeden Abend 8 Uhr!!
 Gastspiel
Ad. Philipp.
 Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
 Ueber'n großen Teich.

Zum 75. Male:
ER & ICH

Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
 132 Linienstr. 132.
 Ecke Friedrichstraße.
 Zum 171. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
 Vorher: Der Beheme
 u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorberf. 10gl. d. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vor-mittags an.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich abends 8 Uhr:
 Die lebende Bräute auf Kubo.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung (keine Preise): Einmalige Aufführung: Max und Moritz.
 Eine Bühnengeschichte in 7 Streichen von B. Busch.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Saharet
 in der Burlesko
 „Die Kaiserin der Sahara.“
 Alonzo Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.
 Madame Lo, lebende Bilder.
 Franco Piper, Banjo-Virtuose.
 „Rokoko“-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.
 Newhouse und Ward, kom. Radfahr. Alexia, Pariser Tänzerin.
 Die 4 Rassen, Luftgymnastiker.
 Gabriele Mooli, Soubrette.
 De Biere, Zaubermeister.
 Emil Sondermann.
Der Biograph.

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
 Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
 Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
 Koloraturfängerin.
Geschwister Flokati.
 Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
 mit seinen lustigen Geschichten.
 14 originelle Spezialitäten.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
 Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
 Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
 Sonnabende für Sommer-feste sind noch frei.

Es gibt andere Cigaretten derselben Qualität —
 Es gibt andere Cigaretten zum gleichen Preise —
 Aber es gibt keine derselben Qualität zum gleichen Preise wie

JOSETTI CIGARETTEN

Dies ist der Grund warum sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen. Cigaretten, die ihnen in Aroma und gehaltvollem, vollsaftigem und doch mildem Geschmack gleichkommen, kosten zweimal so viel — oder mehr.

Josetti

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.
 Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
 Schauspiel in 5 Akten v. St. Graubmann.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Macht der Finsternis.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)
 Schauspiel in 4 Aufz. von Hidenherne Hjorten.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)
 Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Zirkus

Albert Schumann

Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Wohltätigkeits-Vorstellung
 zum Besten des fünften Sozial-kommissariats des

National-Dank für Veteranen.

Gala-Programm. II. a.:
Mlle. Luise Mary
 mit ihren wunderbar besten

Eisbären

Herer: Zum 80. Male: Die größte Pracht-Kunststaltungspantom in 7 Akte.
Femina das neue
 Les 7 Perezoffs.
Ein Souper bei Maxim.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill, Beuntenstr. 16.
 In russischer
Leibeigenschaft.
 Schauspiel in 4 Akten v. P. Samilgez.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Donnerstag: Extra-Vorstellung:
Der Gürtelbesitzer.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Km. v. B. Dörf.
 Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Gr. Elite-Vorstellung.
 Auf allgemeinen Wunsch nur ein-malige Aufführung:
Tilli.
 Lustspiel in 4 Akten von Stahl.
 Rebus. Dir. R. Winkler.
 Dazu
das Elite-März-Programm.
 Nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Kasino-Theater

Lothringenstr. 57. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
 Volkstüd in drei Akten von Walter u. Stein.
 Vorber das neue bunte Märzprogramm.
 Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Neue Welt.

Hasehölde 108/114.
 Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Die Hochzeit von Valeni.
 Schauspiel in 4 Aufzügen von Gang-hofer und Droemer.
 Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
 Täglich
 in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Zum 121. Male:
Familientag
 im
Hause Prellstein.
 Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrnfeld in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11—12 Uhr.
Sonntag, den 1. April:
Schluss
 diesjähriger Spielfaison!
Abschieds-Vorstellung
 im alten Hause!!

XI. Berliner Saison.

Zirkus Busch.

Neu! Dressierte Neu!
70 Eisbären 70
 unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
 Fr. Mario Eliso, Schulreiterin.
 Eine Springpferde-Konkurrenz zwischen drei Springpferden.
 Herr Ernst Schumann, Neudressuren u. die vorzüglichst. Programmnummern.
 Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr): Die neueste und größte Sehens-würdigkeit Berlins:
Indien.
 Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
 Besonders hervorzuheben:
 Eine Witwenverbrennung.

Kasino-Theater

Lothringenstr. 57. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
 Volkstüd in drei Akten von Walter u. Stein.
 Vorber das neue bunte Märzprogramm.
 Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
 Neu! Mozart, Wagner, Offenbach.
 Musik, Selbst u. Mensch.
 Anfang
 Donnerstags
 8 Uhr,
 Sonntags
 7 Uhr.

Sanssouci.

Kottbusser
 Straße 4a.
 Dir. Wilhelm Reimer.
 Heute Mittwoch:
Elfriede.
 Lustp. in 4 Akten v. Benedix.
 Sonnt. Ab. 5, Wochent. 8.11.
 Sonnt. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns
 Norddeutsche Sänger
 und Tanzkränzchen.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater
 Frankfurter Allee 85.
 Das sensationelle,
 vollständig neue
März-Programm.
 Nur Schlager.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn
 N. 39. **Gerichtstr. 10 am Hochplatz.**
 Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.
 Komplette bunte Küchen von 56 Mark an
 sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren
 nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.
 Besichtigung ohne Kautzwanng bereitwilligst gestattet.

Hochsensationell! Belehrend!

Wissenschaft und Verbrechen.

Täglich wechselnde Projektions-Vorträge aus der gerichtlichen Medizin in Carl Gabriels

Volks-Museum

Friedrichstr. 112a,
 am Oranienb. Tor
 I. Serie
Mord oder Selbstmord?
 Außerdem 2000 Numm. Volks-krankheit u. d. Bekämpf. Anat. Samariterlehre

Entree 30 Pf. Sold. u. Kind 20 Pf.
 Sämtl. Räum. mit Vortrag ohne Nachzahlung 60 Pf.

Moabit. Gesellschaftshaus.

Wiolestr. 24. Inh.: H. Peters.
 Jeden Mittwoch:
Original-Harburger Sänger
 Direktion:
 C. Friok u. Kascho-Krauso.
 Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Vorzugskarten gelten.

Gustav Behrens

Spezialitäten-Theater
 Frankfurter Allee 85.
 Das sensationelle,
 vollständig neue
März-Programm.
 Nur Schlager.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn
 N. 39. **Gerichtstr. 10 am Hochplatz.**
 Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.
 Komplette bunte Küchen von 56 Mark an
 sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren
 nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.
 Besichtigung ohne Kautzwanng bereitwilligst gestattet.



Brennspiritus
 Marke „Herold“
 30 Pf. ca. 90 Vol.-Proz. Original-Liter-Flasche
 33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz. exkl. Glas.
 — Ueberall erhältlich. —
 Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten
 garantiert Handarbeit
 Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
 M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Möbel u. Polsterwaren
 recd. zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister, Rixdorf,
 Richardstr. 116, am Denkmal.
 Eigene Werkstatt im Hause. Gegründet 1890.

Zum unverzagten Rehberger
Johannes Fricke, Magstr. 136
 (Neben Wittmoß)
Frische Blut- u. Leberwurst
 in bekannter tadelloser Güte.
3 Vereinszimmer, Räume für
 Fechtübungen. X X X
 Fernsprecher Amt 2, 3167, 3782

Die sogenannte Nervosität der Säuglinge, welche sich darin äußert, daß die Kinder viel schreien und unruhig sind, nicht schlafen wollen und zusammenstöhnen, beruht in sehr vielen Fällen auf der bestehenden chronischen Stuhlverstopfung, welche meistens durch eine zu reichliche Kuhmilch-Nahrung im zu frühen Alter verursacht wird. Durch den Zusatz von Stiefels Kindermehl zur genügend verdünnten Kuhmilch, welches dieselbe im Magen-Darmkanal des Kindes feinstochter gerinnen macht und gährungswidrig wirkt, hören die Stuhlverstopfung und die damit verbundenen abnormen Gärungen (Blähungen) auf, die Kinder werden ruhiger, schlafen die ihnen zukommende Zeit und bekommen auch wieder mehr Appetit, so daß sie besser gedeihen.

Otto Pritzkow's
Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater
 Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph 1000
Sy Sy ? ? ? ? ?
 Die Wunder - Filiputaner!
 Die Fußkünstlerin!

Raucht Tassi-Cigarettes.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
 Die beste der Welt
 Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung.
 Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (Setzgedruckt) 20 Pf. — Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf. — das erste Wort (Setzgedruckt) 10 Pf. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

KLEINE ANZEIGEN
 Annahmestellen: SW. 68, Lindenstr. 69 (Haupt-Expedition)

Norden: H. Raschke, Ackerstr. 36 F. Trapp, Rügenstr. 24 Karl März, Lychenerstr. 123 Karl Weisse, Wiesenstr. 4-43 L. Dechand, Ruheplatzstr. 24 H. Vogel, Demminstr. 32 A. Tietz, Invalidenstr. 124	Südwesten: H. Werner, Mittenwalderstr. 30 H. Schröder, Kreuzbergstr. 15	Südosten: St. Fritz, Prinzenstr. 31 F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8 Paul Böhm, Lausitzer Platz 14-15 P. Horsch, Engel-Ufer 15	Charlottenburg: G. Scharnberg, Sessenheimerstr. 1 Lichtenberg-Friedrichsfelde: O. Selkel, Kronprinzenstr. 50 Friedenau-Steglitz: H. Bernasek, Schloßstr. 115, Gartenh. I, in Steglitz Mariendorf: H. Reichardt, Chausseestr. 18 Pankow: G. Frelwaldt, Mühlenstr. 73	Reinickendorf: P. Cursch, Provinzstr. 108 Rixdorf: M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7 Conrad, Hermannstr. 50 Rummelsburg: O. John, Karlsruherstr. 2 Treptow: R. Voigt, Eisenstr. 37, vorn III Tegel, Borsigwalde, Dalldorf: Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43
---	--	--	---	---

Anzeigen
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Schöneberg:
W. Bämler, Martin Lutherstr. 51
Weissensee:
W. Reske, Sedanstr. 105
J. Schillert, König-Chaussee 90 a

Verkäufe.

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Ausverkauf, Teppichverkauf, Kleiderverkauf, Uhrenverkauf, Herrenanzüge, Damenanzüge, Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Teppiche, Betten, Gardinen, Anzüge, Kleider, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Wohnungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

Werbungen:
 Charlottenburg, Rixdorf, etc.

